



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	344
Steuergestaltungsberatung	345
– Hausbau durch Miteigentümer	
– Vorsteuererstattung	
– Prüfungspflichten des Zivilgerichts im Haftpflichtprozeß (BGH Urt.v. 9. 7. 1992 – IX ZR 55/91)	
Wiedereinsetzung / Fristversäumnis	348
– Rechtsirrtum (BFH, Urt.v. 14. 12. 1989 – III R 116/85)	
Versicherungsschutz	349
– Berufshaftpflichtversicherung	
– wissentliche Pflichtverletzung § 4 Nr. 5 AVB	
– Abweichungen von Anweisungen (OLG Saarbrücken, Urt.v. 8. 5. 1991 – 5 U 69/90)	
Beratungsverschulden d. Steuerberaters?	354
– Zwischenvermietung im Bauherrenmodell (LG Aschaffenburg, Urt.v. 8. 7. 1992 – 3 O 773/91)	
Vorteilsanrechnung	355
– ersparte Beraterkosten	
– verjährte Steuerforderungen (Hanseatisches OLG, Urt.v. 10. 12. 1991 – 7 U 19/91)	
Honoraranspruch des Steuerberaters	360
– Rechtsprechungsänderung des OLG Düsseldorf	
– Rechnung gem. § 9 Abs. 2 StBGebV (OLG Düsseldorf, Urt.v. 20. 2. 1992 – 13 U 137/91)	
Mitwirkung bei der Erstellung der Bilanzen	363
– Unterschlagungen des Geschäftsführers	
– Auftrag des Steuerberaters (LG Wuppertal, Urt.v. 9. 6. 1992 – 6 O 306/90 rkr.)	
Versicherungsschutz	366
– Bindungswirkung des Haftpflichtprozesses	
– Versäumnisurteil	
– Obliegenheitsverletzung (LG Münster, Urt.v. 16. 7. 1992 – 15 O 70/92)	
Entgeltlichkeit der Steuerberaterleistung	370
– Rechnung nach mehreren Jahren (OLG Düsseldorf, Urt.v. 12. 3. 1992 – 13 U 200/91)	
GI Hinweise	372

GI Leitsätze

Anwaltshaftung / Schadenberechnung / Nachlaßverbindlichkeiten / versäumte Dürftigkeitseinrede / Erbenhaftung

1. Zur Schadenberechnung, wenn ein Rechtsanwalt, dessen Mandant als Erbe wegen einer Nachlaßverbindlichkeit in Anspruch genommen wird, pflichtwidrig versäumt, den Vorbehalt der beschränkten Erbenhaftung in den Titel aufnehmen zu lassen.
2. Macht der schadenersatzpflichtige Rechtsanwalt geltend, der Erbe habe den Nachlaß schlecht verwaltet, muß dieser substantiiert dartun, daß er bei Erhebung der Dürftigkeitseinrede dem Gläubiger nicht nach § 1991 BGB verantwortlich gewesen wäre.

(BGH Urt. v. 2. 7. 1992 – IX ZR 256/91)

Notarhaftung / Bauherrenmodell / Rechtskenntnis / Darlegungs-/Beweislast

1. Zur Prüfungs- und Belehrungspflicht des Notars, der die aufgrund eines Betreuungsvertrages im Rahmen eines Bauherrenmodells erteilte Vollmacht zum Grundstückserwerb und/oder den Betreuungsvertrag beurkundet.
2. Ein Notar handelt fahrlässig, wenn er bei der Prüfung einer Rechtsfrage nicht die Rechtsprechung der obersten Gerichte – die in den amtlichen Sammlungen und den für seine Amtstätigkeit wesentlichen Zeitschriften veröffentlicht ist – und die üblichen Erläuterungsbücher auswertet.
3. Zur Darlegungs- und Beweislast dafür, ob eine vom Notar unterlassene Rechtsbelehrung die Entscheidung eines Beteiligten verursacht hat, sich an einem wirtschaftlich nicht abgesicherten Bauherrenmodell zu beteiligen.
4. Nur wenn ein Geschäft das im Grundbuch eingetragene oder einzutragende Recht selbst oder die darauf gerichtete rechtliche Verpflichtung zum Gegenstand hat, soll der Notar das Grundbuch einsehen. Diese Verpflichtung trifft noch nicht den Notar, der einen Baubetreuungsvertrag mit lediglich wirtschaftlich wirkendem Zwang zum Grundstückserwerb und/oder die – widerrufliche – Vollmacht zu einem solchen beurkundet.

(BGH Urt. v. 9. 7. 1992 – IX ZR 209/91 – WM 1992, 1662)

Versicherungsschutz / Geschäftsführender Treuhänder / Steuerliche Beratung / Zwischenvermietung / Bauherrenmodell

Wird ein Steuerberater von seinen Mandanten mit der Behauptung auf Schadenersatz in Anspruch genommen, er habe ihnen die Beteiligung an einem – untauglichen – Bauherrenmodell empfohlen, und liegt das pflichtwidrige Verhalten darin, daß er entweder nicht erkannt hat, daß die konkrete Ausgestaltung des Zwischenmietverhältnisses von der Finanzbehörde als Umgehungstatbestand i. S. d. § 42 AO beurteilt werden würde, oder daß er das den Mandanten empfohlene Vertragskonzept vorher unzureichend überprüft hat, so liegt die denkbare Anspruchsgrundlage der geltend gemachten Haftpflichtansprüche in der Verletzung der Pflichten als Steuerberater (§ 33 StBerG) und damit gem. § 1 AVB-RWB und gem. Ziff. 1 BBR im Bereich des versicherten Risikos. Dies gilt auch dann, wenn der Steuerberater gleichzeitig im Rahmen des Bauherrenmodells als geschäftsführender Treuhänder vertraglich zu einer umfassenden Betreuung der Bauherren verpflichtet gewesen ist.

(LG Mannheim, Urt. v. 19. 9. 1991 – 5 O 132/91 – VersR 1992, 1084)

Zurückweisung des Steuerberaters als Prozeßbevollmächtigter

Die Zurückweisung eines Steuerberaters als Prozeßbevollmächtigter ist zulässig, wenn er nach Einschätzung des Gerichts zum geeigneten mündlichen oder schriftlichen Vortrag nicht fähig ist. Hierunter fallen auch die Fälle, in denen ein Steuerberater bewußt fortwährend rechtsmißbräuchlich von prozessualen Gestaltungsmöglichkeiten Gebrauch macht. (Hessisches FG, Beschl. v. 14. 11. 1991 – 2 K 2798/91; Betriebs-Berater 1992, S. 126)

Steuergestaltungsberatung

- Hausbau durch Miteigentümer
- Vorsteuererstattung
- Prüfungspflichten des Zivilgerichts
im Haftpflichtprozeß

(BGH Urt. v. 9.7.1992 – IX ZR 55/91)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der umfassend beauftragte Steuerberater muß den Mandanten darauf hinweisen, daß der Werkvertrag mit dem Generalunternehmer vom unternehmerisch tätigen Ehemann, nicht aber von beiden Eheleuten gemeinsam zu schließen ist. Die in den Baukostenrechnungen ausgewiesene Umsatzsteuer kann vom Ehemann als Vorsteuer abgezogen werden. (BFH BStBl II 1976, 309 = BFHE 118, 104)
2. Das Gericht muß auch ohne entsprechende Ausführungen der Parteien der Frage nachgehen, welche Gestaltungsmöglichkeiten bestanden hätten und welche steuerrechtliche Folgen mit ihnen verbunden gewesen wären, soweit die tatsächlichen Vorgaben des Parteivortrages nicht betroffen sind.

Aus den Gründen:

1. Nach dem unter Beweis gestellten Vortrag des Klägers in der Klageschrift, im Schriftsatz vom 24.8.1988 und in der Berufsbegründung wurde die Beklagte anlässlich mehrerer Beratungsgespräche „unmittelbar vor bzw. während der Bauphase“ darauf hingewiesen, daß der Kläger und seine Ehefrau jeweils zur ideellen Hälfte Eigentum an dem Grundstück erworben hätten und gemeinsam auf diesem Grundstück ein Gebäude errichteten, das nach dem übereinstimmenden Willen der Ehegatten ausschließlich für geschäftliche Zwecke des Klägers genutzt werden sollte. Das Berufungsgericht hat den angetretenen Beweis nicht erhoben. Deshalb ist in der Revisionsinstanz die Richtigkeit der Darstellung zu unterstellen.

Dann erscheint es möglich, daß der Generalunternehmervertrag über die Errichtung des Gebäudes bei entsprechender Beratung allein vom Kläger hätte abgeschlossen werden können. Auch davon ist mangels entgegenstehender Feststellungen des Berufungsgerichts im folgenden auszugehen.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Beklagte für den Nichtabzug der in den Baukostenrechnungen ausgewiesenen Umsatzsteuer als Vorsteuer verantwortlich, auch wenn mit dem Berufungsgericht davon ausgegangen wird, die Ehefrau des Klägers hätte ihr Einverständnis zu den drei von ihm aufgezeigten Möglichkeiten für einen Vorsteuerabzug nicht erteilt.

Nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG 1973 kann der Unternehmer die ihm von anderen Unternehmern gesondert in Rechnung gestellte Steuer für Lieferungen oder sonstige Leistungen, die für sein Unternehmen ausgeführt worden sein, als Vorsteuer abziehen. Sind Eheleute Miteigentümer eines Grundstücks und wird auf dem Grundstück ein Gebäude errichtet, das nach dem Willen beider Ehegatten dem Unternehmen eines von ihnen unentgeltlich dienen soll, so wird die Werklieferung (§ 3 Abs. 4 UStG 1973) für dieses Unternehmen erbracht, wenn der unternehmerisch tätige Ehegatte die den Leistungen zugrundeliegenden Aufträge im eigenen Namen und für eigene Rechnung erteilt hat, mithin alleiniger Vertragspartner der Bauhandwerker geworden ist. Daß der andere Ehegatte gemäß §§ 946, 94 BGB Miteigentümer des Bauwerk wird, ändert daran nichts. Dies hat der Bundesfinanzhof bereits mit Urt. v. 26. 2. 1976 (IV R 132/73, BFHE 118, 104 = BStBl II 1976, 309) entschieden. An dieser Rechtsprechung hat er in der Folgezeit festgehalten (vgl. BFHE 148, 361; 151, 479; auch Schreiben des Bundesministers der Finanzen v. 23. 7. 1986, BStBl I 1986, 432).

Die Beklagte mußte die Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 26. 2. 1976 in den Jahren 1977, 1978 kennen. Sie hätte den Kläger entsprechend beraten, also insbesondere darauf hinweisen müssen, daß der Werkvertrag mit dem Generalunternehmen allein von ihm und auf seine Rechnung, nicht aber von beiden Eheleuten gemeinsam zu schließen sei. Dann hätte der Kläger die in den Baukostenrechnungen ausgewiesene Umsatzsteuer als Vorsteuer abziehen können. Daß der Kläger einem entsprechenden Rat der Beklagten gefolgt wäre, ist zu vermuten (vgl. BGH, Urt. v. 7. 11. 1991 – IX ZR 288/90, GI 92, 175 = WM 1992, 238, 240; Urt. v. 7. 5. 1992 – IX ZR 151/91, GI 92, 209 = NJW RR 92, 1110). Auch die Ehefrau hätte sich einem solchen Rat der Beklagten – soweit erkennbar – nicht widersetzt. Er hätte ihr nur Vorteile gebracht. Im übrigen war auch sie nach dem unbestrittenen Vorbringen des Klägers in der Berufungsbegründung Mandantin der Beklagten, so daß auch für sie die Vermutung beratungskonformen Verhaltens gilt. Schließlich hat der Kläger in der mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht vorgetragen, seine Ehefrau habe gar nicht bauen wollen. Dies hat die Beklagte nicht bestritten.

2. Das Berufungsgericht hätte die unter Nr. 1 erörterte Gestaltungsmöglichkeit bedenken müssen, auch wenn der Kläger auf sie nicht ausdrücklich abgestellt hat. Die Frage, welche Gestaltungsmöglichkeiten bestanden hätten und welche steuerrechtlichen Folgen mit ihnen verbunden gewesen wären, ist – soweit die tatsächlichen Vorgaben nicht betroffen sind – eine Rechtsfrage (BGH, Urt. v. 24. 9. 1986 – IVa ZR 236/84, Gl 86, 169 = WM 1986, 1477, 1479), der das Gericht auch ohne entsprechende Ausführungen von Seiten der Parteien nachzugehen hat. Dem tatsächlichen Vorbringen des Klägers zufolge war der in Rede stehende rechtliche Weg in Betracht zu ziehen.
3. Die Entscheidung des Berufungsgerichts erweist sich auch nicht aus anderen Gründen als zutreffend.
Insbesondere greift die von der Beklagten erhobene Verjährungseinrede nicht ein. In den Fällen, in denen aufgrund einer Außenprüfung des Finanzamts höhere Steuern erhoben werden und die Mehrbeträge ohne den Fehler des Steuerberaters nicht festgesetzt worden wären, beginnt die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG nicht vor dem Zugang des Änderungsbescheides (BGH, Urt. v. 2. 7. 1992 – IX ZR 268/91, Gl 92, 311, z.V. in BGHZ bestimmt).
4. Entgegen der von der Beklagten vertretenen Ansicht ist nach dem bisherigen Sachvortrag auch nicht davon auszugehen, daß für die 1979 angefallene Umsatzsteuer die vierjährige Festsetzungsfrist (§ 169 Abs. 2 Nr. 2, § 170 Abs. 2 Nr. 1 AO) vor Beginn der Außenprüfung abgelaufen war. Die Umsatzsteuererklärung für 1979 wurde erst Ende 1981 abgegeben, so daß mit der ab April 1985 durchgeführten Außenprüfung vor Ablauf der Festsetzungsfrist begonnen und diese gehemmt wurde (§ 171 Abs. 4 AO).

III.

Die Sache ist sonach zur weiteren Aufklärung, auch über die Höhe des geltend gemachten Anspruchs, an das Berufungsgericht zurückzuverweisen. Dies wird gegebenenfalls zu prüfen haben, ob und in welchem Umfang der Kläger durch das schädigende Ereignis Steuern gespart und so einen ausgleichenden Vermögensvorteil erlangt hat (vgl. BGH, Urt. v. 31. 1. 1991 – IX ZR 124/90, WM 1991, 814; BFHE 136, 238).

Wiedereinsetzung / Fristversäumnis

– Rechtsirrtum

(BFH, Urt. v. 14. 12. 1989 – III R 116/85 –
BFH/NV 1990, 530)

Leitsatz:

Ein Irrtum über den Fortbestand einer Mitunternehmerschaft vermag die Versäumung der Frist für einen Investitionszulagenantrag dann nicht zu entschuldigen, wenn der Berater vor Fristablauf vom FA aufgefordert wurde, eine Übergangsbilanz zu erstellen.

Aus den Gründen:

1. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) kann ein Irrtum über die materielle Rechtslage eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand grundsätzlich nicht rechtfertigen (Beschlüsse vom 9. 5. 1967, II B 3/67, BFHE 88, 541, BStBl III 1967, 472, und v. 17. 11. 1970 II R 121/70, BFHE 100, 409, BStBl II 1971, 143, jeweils mit weiteren Nachweisen). Ein Rechtsirrtum und die dadurch bewirkte Fristversäumnis können jedoch ausnahmsweise unverschuldet sein, wenn die Rechtslage in hohem Maße unsicher ist und die Frist versäumt wird, weil es der Betroffene aufgrund rechtlich vertretbarer Erwägungen unterläßt, einen Rechtsbehelf fristgerecht einzulegen (BFH-Urt. v. 20. 6. 1985, IV R 17/83, BFH/NV 1987, 343).
2. Eine solche Ausnahme liegt im Streitfall nicht vor. Der Kläger hat seinen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand mit Zweifeln zur Frage des Fortbestandes der BGB-Gesellschaft begründet. Die Bevollmächtigte des Klägers hat bei Beurteilung dieser Frage jedoch die nach den Umständen sowie den persönlichen Verhältnissen gebotene und ihr zuzumutende Sorgfalt außer acht gelassen. Dabei mag dahinstehen, ob von ihr als Steuerbevollmächtigter verlangt werden konnte, daß sie nach Prüfung des Gesellschaftsvertrags bereits vor Ablauf der Frist zur Stellung des Investitionszulagenantrags zu dem Ergebnis hätte gelangen können, daß im Streitjahr eine antragsberechtigte Mitunternehmerschaft nicht mehr bestanden hat. Jedenfalls hätten solche Zweifel spätestens im März 1983, nach dem Schreiben des FA B. S. vom 10. 3. 1983, einen Steuerbevollmächtigten dazu veranlassen müssen, den Antrag auf Gewährung einer Investitionszulage für den Kläger persönlich zu stellen, zumindest aber eine Auskunft der Finanzbehörde einzuholen oder aber – ohne zusätzliche Kosten zu verursachen und

um sicherzugehen – den Antrag sowohl für die Gesellschaft als auch für den Kläger persönlich einzureichen.

3. Der für die verspätete Antragstellung ursächliche Rechtsirrtum ist auch nicht deshalb entschuldbar, weil er durch ein Verhalten der Behörde veranlaßt worden sein könnte. Entgegen der Auffassung der Vorinstanz haben das FA B. S. und das beklagte FA weder eine Unterlassung begangen, die den Kläger oder seine Bevollmächtigte in der Überzeugung stärken konnte, die Gesellschaft sei zulageberechtigt, noch haben sie durch ihre Äußerungen diesen Irrtum gefördert. Aus dem Schreiben des FA B. S. vom 10. 3. 1983, womit eine Übergangsbilanz auf den 31. 12. 1981 angefordert wurde, und aus dem die neue Steuernummer mitteilenden Schreiben des beklagten FA vom 17. 3. 1983 konnte vielmehr nur der Schluß gezogen werden, daß jedenfalls die Finanzbehörde davon ausging, daß im Streitjahr eine investitionszulageberechtigte Mitunternehmerschaft nicht mehr bestanden hat.

Versicherungsschutz

- Berufshaftpflichtversicherung
- wissentliche Pflichtverletzung § 4 Nr. 5 AVB
- Abweichungen von Anweisungen

IOLG Saarbrücken, Urt. v. 8. 5. 1991 – 5 U 69/90 –
VersR 1992, 994 rkr. nach Nichtannahmebeschluß des
BGH v. 19. 2. 1992 – IX ZR 176/91)

Leitsatz:

Versäumt der mit der Geltendmachung von Gehaltsansprüchen gegen den Arbeitgeber des Mandanten beauftragte Rechtsanwalt die für derartige Ansprüche geltende Klagfrist eines Manteltarifvertrags, so greift der Risikoausschluß des wissentlichen Pflichtverstoßes nach § 4 Nr. 5 AVB Vermögen zugunsten des Berufshaftpflichtversicherers des Rechtsanwalts (VN) nur ein, wenn der Rechtsanwalt positiv gewußt hat, daß der Manteltarifvertrag mit seinen dort geregelten Fristen auf das Arbeitsverhältnis des Mandanten Anwendung findet und ihm positiv bekannt war, daß die tarifvertragliche Klagfrist aufgrund eines bestimmten Ereignisses zu laufen beginnt.

Aus den Gründen:

Die Beklagte kann sich schließlich auch nicht mit Erfolg auf den in § 4 Nr. 5 AVB Vermögen vereinbarten Risikoausschluß berufen. Nach § 4 Nr. 5 AVB Vermögen bezieht sich der Versicherungsschutz in der bei der Beklagten bestehenden Berufshaftpflichtversicherung des VN nicht auf die Haftpflichtansprüche „wegen Schadenstiftung durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Machtgebers (Berechtigten) oder durch sonstige wissentliche Pflichtverletzung.“ Dieser subjektive Risikoausschluß, dessen tatbestandsmäßige Voraussetzungen die Beklagte darzulegen und zu beweisen hat (BGH VersR 91, 176), greift hier nicht ein. Dieser in den Berufshaftpflichtversicherungen für besonders geschulte Personen, wie Architekten, Rechtsanwälte und Notare sowie Steuerberater und Wirtschaftsprüfer usw. enthaltene Risikoausschluß enthält eine abweichende Regelung von der dispositiven Vorschrift des § 152 VVG, in der die Leistungsfreiheit des Versicherers in Abänderung von § 61 VVG auf Vorsatz beschränkt ist (vgl. hierzu Prölss/Martin, VVG § 152 Anm. 1).

Die Risikoausschlußklausel des § 4 Nr. 5 AVB Vermögen ändert die Bestimmung des § 152 VVG einmal zugunsten des VN ab, indem der Risikoausschluß nur die Fälle der in der Klausel umschriebenen wissentlichen Verstöße gegen Berufspflichten erfaßt und diesbezüglich als Verschuldensform nicht schon bedingten Vorsatz genügen läßt, sondern Dolus directus („wissentlich“) erfordert (BGH VersR 91, 176). Zum Nachteil des VN/Versicherten wird § 152 VVG durch die Klausel dahin abgeändert, daß es nicht zum Tatbestand gehört, daß der schädigende Erfolg des Pflichtverstosses gewollt ist (BGH VersR 91, 176). Wegen dieser Ausgestaltung verstößt die Ausschlußklausel des § 4 Nr. 5 AVB Vermögen nicht gegen das AGBG und ist rechtswirksam (BGH VersR 91, 176). Voraussetzung für ihr Eingreifen ist jedoch eine **wissentliche Pflichtverletzung**. Eine solche Pflichtverletzung begeht aber nur derjenige VN bzw. Versicherte, **der die verletzte Pflicht positiv gekannt und sie zutreffend gesehen hat** (BGH VersR 91, 176; 86, 647). **Der VN muß das Bewußtsein gehabt haben, gesetz-, vorschrifts- oder pflichtwidrig zu handeln** (OLG Düsseldorf MDR 80, 581). Nur wer bewußt verbindliche Handlungs- oder Unterlassungsanweisungen nicht beachtet hat, mit denen ihm ein bestimmtes Verhalten vorgeschrieben worden ist, muß sich den Risikoausschluß der wissentlichen Pflichtverletzung entgegenhalten lassen (BGH VersR 87, 174).

Nach Maßgabe dieser Kriterien kann nicht davon ausgegangen werden, daß der VN der Beklagten den Schaden des Klägers durch eine wissentliche Pflichtverletzung i. S. v. § 4 Nr. 5 AVB Vermögen herbeigeführt hat.

Nach den für den Deckungsprozeß bindenden Feststellungen des OLG Saarbrücken in dem im Haftpflichtprozeß ergangenen rechtskräftigen Urteil v. 22. 12. 1989 (vgl. hierzu Schmalzl, Berufshaftpflichtversicherung Rdnr. 43 m.w.N.; Prölss/Martin, VVG 24. Aufl. § 149 Anm. 5 C a m.w.N.) ist der Schaden des Klägers dadurch verursacht worden, daß der VN – entgegen dem ihm erteilten Auftrag zur unbeschränkten Geltendmachung der Lohn- und Gehaltsansprüche pp. des Klägers gegenüber seinem Arbeitgeber – diese Ansprüche nach Maßgabe des für den Kläger geltenden Manteltarifvertrags (§ 24 MTV) entweder nicht fristgerecht nach § 24 Abs. 1 MTV bei dem Arbeitgeber angemeldet hat (Urlaubs- und Weihnachtsgeld für 1981 in Höhe von 3500 DM), oder ordnungsgemäß angemeldete Ansprüche nicht fristgerecht i.S.v. § 24 Abs. 3 MTV gerichtlich geltend gemacht hat (= Gehaltsansprüche pp. in Höhe von 96.005,40 DM).

Durch den von dem VN am 25. 2. 1983 für den Kläger beantragten, die Gehaltsforderung pp. des Klägers betreffenden Mahnbescheid wurde die Dreimonatsfrist des § 24 Abs. 3 MTV nach den Feststellungen des OLG Saarbrücken im Haftpflichtprozeß deshalb nicht gewahrt, weil die für den Beginn der Frist des § 24 Abs. 3 MTV maßgebliche Ablehnungserklärung des Arbeitgebers nach der im Jahr 1981/82 eindeutigen Rechtsprechung des BAG (AP Nr. 63 zu § 4 TVG) schon in dem von dem Arbeitgeber gestellten Antrag auf Abweisung einer gegen ihn seitens des Arbeitnehmers erhobenen Kündigungsschutzklage zu sehen ist und die Klagefrist des § 24 Abs. 3 MTV demzufolge mit dem Zugang der von dem Arbeitgeber in den Kündigungsschutzprozessen gestellten Klageabweisungsanträge vom 27. 1. 1982, die mit Schriftsatz vom 19. 2. 1982 begründet und durch die im konkreten Fall sämtliche Ansprüche des Klägers i.S.v. § 24 Abs. 3 MTV abgelehnt wurden, zu laufen begann. Hiernach greift der Risikoausschluß des wissentlichen (oder bewußten) Pflichtverstoßes nach § 4 Nr. 5 AVB Vermögen zugunsten der Beklagten nur ein, wenn der VN der Beklagten positiv gewußt hat, daß der MTV mit seinen dort geregelten Fristen auf das Arbeitsverhältnis des Klägers Anwendung findet und, soweit es um die Versäumung der Klagefrist des § 24 Abs. 3 MTV geht, dem VN positiv bekannt war, daß diese Frist bereits mit dem Antrag des Arbeitgebers auf Abweisung der Kündigungsschutzklage des Klägers zu laufen beginnt. Denn nur dann kann gesagt werden, daß der VN wissentlich die ihm aus dem übertragenen Mandat obliegende Pflicht zur fristgerechten Geltendmachung der Ansprüche des Klägers verletzt hat.

Davon vermag sich der Senat nicht zu überzeugen, was zu Lasten der darlegungs- und beweispflichtigen Beklagten geht. Ein **Anscheinsbeweis kommt diesbezüglich nicht in Betracht** (OLG Köln VersR 90, 193). Da es sich

bei dem Merkmal „wissentlich“ um eine innere Tatsache handelt, sind zu ihrem Nachweis indizielle Umstände heranzuziehen, wobei im Rahmen der freien Beweiswürdigung nach § 286 ZPO die Möglichkeit besteht, vom äußeren Geschehensablauf oder vom Ausmaß des objektiven Pflichtverstoßes auf innere Vorgänge zu schließen (OLG Köln VersR 90, 193). Derartige indizielle Umstände sind hier nicht gegeben. Zwar ist nach den Aussagen des Klägers und dessen Ehefrau in dem Haftpflichtprozeß, auf die sich die Beklagten zu Beweis Zwecken beruft, davon auszugehen, daß der Kläger den VN ständig gedrängt hat, seine Ansprüche geltend zu machen, und er den VN auch darauf hingewiesen hat, daß er Tarifangestellter im Sinne des MTV ist. Der Kläger und seine Ehefrau haben aber auch bekundet, daß der VN in diesen Mandantengesprächen auf die Vorstellungen des Klägers hin erklärt hat, er sei der Rechtsanwalt und wisse, was er mache. Die darin zum Ausdruck gekommene Einstellung des VN deutet darauf hin, daß der VN die Frage der Tarifgebundenheit des Klägers nicht als gegeben hingenommen hat. Jedenfalls kann nicht gesagt werden, daß der VN aufgrund der Mandanteninformation von einer Tarifgebundenheit des Klägers ausgegangen ist, dies positiv wußte.

Dagegen spricht auch das Schreiben des VN an die Beklagte vom 4. 2. 1985, in dem der VN im einzelnen dargelegt hat, aus welchen Gründen er die Fristen des MTV nicht überprüft hat, nämlich deshalb, weil der Kläger sich ihm gegenüber als leitender Angestellter bezeichnet hat und er, der VN, deshalb der Auffassung war, daß der Kläger nicht tarifgebunden ist. Gegen eine positiven Kenntnis des VN davon, daß die Bestimmungen des MTV auf den Kläger Anwendung finden, spricht auch die Art und Weise, wie der VN die Ansprüche des Klägers gegenüber dem Arbeitgeber geltend gemacht hat. Abgesehen von dem Schreiben des VN vom 14. 10. 1981, das keinen Hinweis auf die Bestimmungen des MTV enthielt, geschah dies nur in den Schriftsätzen vom 20. 8. 1982 und 28. 10. 1982, die der VN für den Kläger in den Kündigungsschutzprozessen eingereicht hat, und diese Schriftsätze hatten ausweislich ihres Inhalts in erster Linie den Zweck, eine vergleichsweise Erledigung der Streitigkeiten vorzubereiten. Daß dem VN das Erfordernis einer nach den Bestimmungen des MTV fristgebundenen Anmeldung der Ansprüche des Klägers bewußt war, ist bei dieser Verhaltensweise des VN zumindest zweifelhaft. Dies gilt auch hinsichtlich der von dem VN zu beachtenden Klagfrist des § 24 Abs. 3 MTV.

Gerichtlich geltend gemacht hat der VN die Ansprüche des Klägers mit dem Mahnbescheidsantrag vom 25. 2. 1983, und zwar unmittelbar, nachdem ihm am 21. 2. 1983 das erstinstanzliche, für den Kläger obsiegende Urteil des ArbG N. vom 7. 1. 1983 zugegangen war. Ausschlaggebend

für die gerichtliche Geltendmachung der Ansprüche des Klägers war für den VN ersichtlich der Ausgang des Kündigungsschutzprozesses, und von dem Erfordernis der Wahrung bestimmter Fristen ist der VN bei der gerichtlichen Geltendmachung der Ansprüche offenbar nicht ausgegangen. Der VN hat es nämlich nicht etwa unterlassen, die Ansprüche des Klägers gerichtlich geltend zu machen. Er hat sie vielmehr geltend gemacht, und dies hätte nach dem ihm erteilten Auftrag ohne weiteres durch einen schon vor dem 21. 2. 1983 und nicht erst zu diesem (verfristeten) Zeitpunkt beantragten Mahnbescheid geschehen können. Erklärbar ist dieses Verhalten des VN dadurch, daß er, wie der Kläger behauptet, der (irrigen) Auffassung war, die tarifvertraglichen Fristen würden auf den Kläger keine Anwendung finden und er die Ansprüche des Klägers aus prozeßökonomischen Gründen erst nach dem für den Kläger – jedenfalls in erster Instanz – erfolgreichen Ausgang des Kündigungsschutzprozesses, wie dann auch geschehen, geltend machen wollte. Dies ist jedenfalls nach Lage der Dinge nicht auszuschließen.

Für eine bewußte Fristversäumnis durch den VN, nämlich ein Untätigbleiben seinerseits trotz positiver Kenntnis von den Fristen des MTV und deren Lauf, gibt es nach alledem keine hinreichenden Anhaltspunkte. Weitere Beweise bietet die Beklagte diesbezüglich nicht an. Die von ihr beantragte erneute Vernehmung des Klägers und dessen Ehefrau zu der Frage, daß der Kläger den VN an die fristgerechte Geltendmachung erinnert hat, ist nicht erforderlich. Dies ist nämlich aufgrund der in dem Haftpflichtprozeß erfolgten Feststellungen als gegeben anzusehen und reicht aber, wie dargelegt, zum Nachweis eines wissentlichen Pflichtverstoßes nicht aus. Daß der VN die Frist schuldhaft versäumt hat, weil die Fristversäumnis nach den Feststellungen im Haftpflichtprozeß auf einen fahrlässigen Verstoß gegen die den VN aus dem Anwaltsvertrag treffende Sorgfaltspflicht beruht (vgl. hierzu BGH VersR 83, 659 = NJW 83, 1665), reicht für den Risikoausschluß nach § 4 Nr. 5 AVB Vermögen nicht aus.

Der Risikoausschluß des § 4 Nr. 5 AVB Vermögen greift schließlich auch nicht deshalb ein, weil der VN der Beklagten im Zusammenhang mit der Geltendmachung der Ansprüche des Klägers gegen dessen Arbeitgeber „**wissentlich von Anweisungen**“ des Klägers abgewichen ist. Einmal hat der VN der Beklagten die Ansprüche des Klägers nach den bindenden Feststellungen des OLG Saarbrücken in dem Haftpflichtprozeß gemäß dem ihm erteilten Auftrag geltend gemacht und ist ein Pflichtverstoß des VN nach diesen Feststellungen nur insoweit gegeben, als die Ansprüche nicht fristgerecht erhoben wurden. Zum anderen kann nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme in dem Haftpflichtprozeß, der Aussage des Klägers

und dessen Ehefrau, auf das sich die Beklagte zu Beweis Zwecken beruft, lediglich davon ausgegangen werden, daß der Kläger den VN ständig an die Geltendmachung seiner Ansprüche erinnert und ihn hierzu gedrängt hat. Eine dem VN der Beklagten seitens des Klägers erteilte **konkrete Verhaltensanweisung** dahin, die Ansprüche des Klägers des Klägers bis zu einem bestimmten und, was allein schadenursächlich gewesen wäre, von dem VN dann versäumten Zeitpunkt geltend zu machen, kann darin aber nicht gesehen werden. Ein wissentlicher Pflichtverstoß des VN der Beklagten ist daher auch insoweit nicht gegeben.

.....

Beratungsverschulden des Steuerberaters?

– Zwischenvermietung im Bauherrenmodell

(LG Aschaffenburg, Urt. v. 8. 7. 1992 – 3 O 733/91 – n. rkr.)

Im Jahre 1981 konnte die kritische Haltung der Finanzverwaltung und des Landgerichts gegen die Einschaltung gewerblicher Zwischenmieter nicht bekannt sein.

Aus den Gründen:

Der Kläger hat gegenüber dem Beklagten keinen Anspruch auf Zahlung von Schadenersatz wegen behauptetem Beratungsverschulden im Rahmen des zwischen den Parteien bestehenden Steuerberatungsvertrages. Eine positive Vertragsverletzung des Dienstvertrages gemäß § 611 BGB läge nur dann vor, wenn dem Beklagten eine Pflichtverletzung nachzuweisen wäre.

Hieran fehlt es.

Soweit der Kläger dem Beklagten ein Beratungsverschulden dergestalt anlastet, daß er ihn, den Kläger, nicht darauf hingewiesen habe, daß eine strikte Trennung der GmbH zu den Einzelmietern einerseits und der GmbH und dem Kläger andererseits zu erfolgen habe, haben sich Anhaltspunkte für eine Pflichtverletzung nicht ergeben.

Zwar hat die Zeugin, Lebensgefährtin des Klägers und Geschäftsführerin der Fa. T. und V. GmbH, angegeben, daß sie sich nicht entsinnen könne, daß der Beklagte irgendwann einmal darauf hingewiesen habe, daß

der Kläger sich nicht in die Geschäfte der GmbH einmischen dürfe. Andererseits hat dieselbe Zeugin jedoch in überzeugender Weise ausgeführt, daß zu einer solchen Äußerung keine Veranlassung bestanden habe, da niemand sich in die Geschäftsführung der Zeugin hineingemischt habe.

Dem Beklagten kann auch nicht in rechtserheblicher Weise angelastet werden, daß (umsatzsteuerrechtliche) Vorteile dem Kläger deshalb nicht zugute kamen, weil er eine ungewöhnliche Rechtskonstruktion (Einschaltung einer GmbH als Zwischenmieter) wählte.

Das Finanzgericht Düsseldorf stellt in den Entscheidungsgründen seines Urteils vom 6. 6. 1989 zwar auf diesen Umstand ab. Zu Bedenken bleibt jedoch, daß die dem streitgegenständlichen Rechtsstreit zugrundeliegenden Verhältnisse bis in das Jahr 1981 zurückreichen.

Das Finanzgericht Düsseldorf hat in den Entscheidungsgründen des vorgenannten Urteils in diesem Zusammenhang überwiegend auf Rechtsprechung, insbesondere des Bundesfinanzhofes Bezug genommen, die erst zu einem **späteren Zeitpunkt (1983 und jünger) erging** und entsprechend zu **noch späteren Zeitpunkten veröffentlicht** wurde. Dem Beklagten konnte und mußte **zum hier maßgeblichen Zeitpunkt (1981)** somit nicht zwangsläufig bekannt sein, daß die Finanzverwaltung und die Finanzgerichtsrechtsprechung der Einschaltung gewerblicher Zwischenmieter äußerst kritisch gegenüberstanden, so daß auch aus diesem Grunde dem Beklagten kein Beratungsverschulden anzulasten ist.

Vorteilsanrechnung

- ersparte Beraterkosten
- verjährte Steuerforderungen

(Hanseatisches OLG, Urt. v. 10. 12. 1991 – 7 U 19/91)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Setzt der Schadenersatzanspruch voraus, daß der Mandant bilanziert, können im Wege der Vorteilsanrechnung die ersparten Bilanzierungskosten abgesetzt werden.
2. Die Anrechnung verjährter Steueransprüche auf den Schadenersatzanspruch erscheint unbillig.

Aus den Gründen:

.....

2. Die Berufung ist unbegründet, soweit der Kläger die Zahlung weiterer **9.000,- DM** begehrt. Im Ergebnis zu Recht ist in dem angefochtenen Urteil von dem Schaden wegen der fehlerhaften Bilanzierung im Jahre 1974 **im Wege der Vorteilsausgleichung ein Betrag von 9.000,- DM deshalb abgesetzt worden, weil der Kläger Kosten in dieser Höhe für die Bilanzierung des Betriebsergebnisses der Firma KG erspart habe.** Das hat der Senat bereits in seinem Beschl. v. 16. 9. 1991 ausgeführt und hieran hält er auch fest, nachdem der Kläger umfangreich zu diesem Problemkreis weiter vorgetragen hat.

Die Voraussetzungen, unter denen eine **Vorteilsausgleichung** zu berücksichtigen ist, liegen vor. Es besteht ein adäquater Zusammenhang zwischen schädigendem Ereignis und dem Vorteil, und die Anrechnung entspricht dem Zweck des Schadenersatzes, sie führt zu keiner unbilligen Entlastung des Schädigers (vgl. BGHZ 49, 61; 81, 275; Palandt/Heinrich BGB 50. Aufl., Vorbem. 119 ff. vor § 249 m.N.).

Die Auffassung des Klägers, daß die im Grundurteil des Landgerichts vom 19. 8. 1988 festgestellte Verpflichtung des Beklagten, den Kläger auch im Jahre 1974 zu einer umfassenden Bilanzierung bezüglich aller seiner wirtschaftlichen Aktivitäten zu raten, sich nur auf seine Tätigkeit für die Firma jedenfalls nicht auf die Firma KG bezogen habe, geht fehl, wie sich aus der Begründung des Urteils ergibt, auf die Bezug genommen wird.

Um dem Kläger die steuerliche Berücksichtigung sämtlicher Verlustvorträge zu ermöglichen, **war gem. § 10 d EStG a. F. eine Bilanzierung hinsichtlich aller seiner wirtschaftlichen Tätigkeiten erforderlich.** Ob einzelne Verlustvorträge auch ohne diese Voraussetzungen tatsächlich anerkannt worden sind, wie der Kläger unter Berufung auf die von ihm vorgelegten Schreiben seines Finanzamtes vorträgt, ist bei der notwendigen umfassenden Betrachtung des dem Kläger entstandenen Schadens unerheblich. Wenn nämlich der Beklagte den Kläger zutreffend beraten hätte, hätte dieser dem Rat auch insoweit folgen müssen, daß eine Bilanzierung der Geschäftsvorfälle der Firma KG vorzunehmen war. Denn § 10 d EStG findet auch auf die Verluste eines Steuerpflichtigen während eines Konkursverfahrens uneingeschränkt Anwendung (vgl. Knobbe-Keuk Bilanz- und Unternehmenssteuerrecht 7. Aufl. S. 285).

Zwar trifft es zu, daß der Kläger mit seiner Einkommensteuererklärung 1974 nicht Verluste der Firma KG geltend gemacht hat, sondern solche, die ihm persönlich durch die Erfüllung des Zwangsvergleiches entstanden waren. Richtigerweise hätte diese aber steuerlich nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Vielmehr hätte zunächst die Ermittlung des Gesellschaftsgewinnes oder -verlustes erfolgen und sodann auf der Grundlage der aus der Handelsbilanz abgeleiteten Steuerbilanz dem Kläger der sich danach ergebende Gewinn- oder Verlust für die Individualbesteuerung zugerechnet werden müssen (vgl. BFH BSt Bl. II. 1984, 751, 752; Knobbe-Keuk a.a.O. S. 286, 340). Auf die Bilanzierung und die genannte Berechnungsweise konnte auch nicht – wie der Kläger meint – deshalb verzichtet werden, weil Geschäftsvorfälle bei der Firma KG 1974 nicht mehr angefallen seien. Denn das trifft nicht zu. Abgesehen von den wirtschaftlichen Vorgängen der Zahlung von Gerichtskosten, Honoraren des Konkursverwalters und Einzug von Forderungen, auf die der Beklagte hingewiesen hat, wurde das Geschäftsergebnis der Firma KG durch den Zwangsvergleich selbst beeinflusst, der durch den Verzicht der Gläubiger auf den 20 % übersteigenden Teil der Forderungen einen Gesellschaftsgewinn verursachte. Daß diesem Gewinn höhere Verlust gegenüberstanden, wie der Kläger vorträgt, ist unerheblich, da es nur um die Frage geht, ob sich im Laufe des Jahres 1974 Geschäftsvorfälle ereignet haben, die die Gewinn- und Verlustentwicklung der Firma KG beeinflusst haben.

Dem Kläger kann auch nicht darin gefolgt werden, daß die Kosten der Bilanzerstellung deshalb nicht im Wege der Vorteilsausgleichung zu berücksichtigen seien, weil nicht er, sondern der Konkursverwalter sie hätte aufwenden müssen. Denn er hat selbst vorgetragen, daß für den Konkursverwalter im Interesse der Gesellschaft keine Veranlassung bestanden habe, die Erstellung einer Bilanz in Auftrag zu geben. Die Notwendigkeit hierfür lag in der damals geltenden Fassung des § 10 d EstG, nach der die Bilanzierung für die Anerkennung steuerlicher Verluste des Gesellschafters erforderlich war, lag also ausschließlich im Interesse des Klägers.

Es liegen auch keine Gründe vor, die die Berücksichtigung der Bilanzierungskosten als unbillige Entlastung des Schädigers erscheinen lassen könnten.

Daß die Kosten hierfür 9.000,- DM betragen hätten, hat das Landgericht zulässigerweise gem. § 287 ZPO auf Grund der Aussage des Sachverständigen geschätzt. Im Berufungsverfahren ist die Höhe unstreitig geworden, worauf der Senat in seinem Beschl. v. 16. 9. 1991 hingewiesen hat. Auf die von dem Kläger nachträglich in dem Schriftsatz vom 7. 11. 1991, der ihm nicht nachgelassen war, geäußerten Zweifel an der Höhe, kommt es nicht mehr an.

3. Da der Betrag von **9.000,- DM** zu Recht von der Schadenersatzforderung des Klägers abgesetzt worden ist, kann der Kläger auch keinen Betrag von **6.608,59 DM** für im Zusammenhang mit der Nichtzahlung von **9.000,- DM** aufgewendete Zinsen verlangen.

II.

.....

2. Von der Schadenersatzforderung des Klägers ist nicht aus dem Gesichtspunkt der **Vorteilsausgleichung** ein weiterer Betrag von **10.000,- DM** deshalb abzusetzen, weil der Kläger in dieser Höhe infolge der fehlenden Bilanzierung der Geschäftsergebnisse der Firma KG nicht vom Finanzamt zur Erstattung von Vorsteuerabzügen in Höhe von **50.000,- DM** herangezogen worden sei.

Es trifft zwar zu, daß am 1.10.1973 mit der Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der Firma KG ein Anspruch des Finanzamtes auf Rückzahlung des auf die uneinbringlichen Lieferantenforderungen erhaltenen Vorsteuerabzuges gegen die KG entstanden war, für die der Kläger gem. § 128 HGB persönlich haftete. Diese Forderung wurde durch den im Juli 1974 bestätigten Zwangsvergleich erfaßt mit der Folge, daß die Forderung des Finanzamtes gegen den Kläger gem. §§ 193, 211 II KO auf den Vergleichsbetrag begrenzt wurde, also nur noch in Höhe von **10.000,- DM** bestand. Diese Forderung des Finanzamtes ist nach § 144 RAO am 31.12.1978 verjährt, so daß der Kläger nicht mehr mit Erfolg in Anspruch genommen werden kann.

Dieser Vorteil des Klägers, der erst im Zeitpunkt der Verjährung des Rückforderungsanspruches entstanden ist, weil der Nachforderungsanspruch des Finanzamtes vorher noch hätte geltend gemacht werden können, **mag zwar durch die unterbliebene Bilanzierung mitverursacht worden sein**. Seine Anrechnung auf den Schadenersatzanspruch des Klägers erscheint aber als unbillig. Der Grund, warum der Geschädigte sich auf seinen Schaden den durch das Schadenereignis gleichzeitig erzielten Vorteil anrechnen lassen muß, liegt darin, daß er aus dem Schadenereignis keinen Gewinn ziehen soll (vgl. BGHZ 53, 132 ff., 137). **Wenn aber ein vorhandener Steueranspruch infolge Verjährung entfällt, so geht dieser Vorteil zu Lasten des Steuerfiskus**. In einem solchen Falle würde aber der Schädiger, wenn man zu seinen Gunsten die Voraussetzungen einer Vorteilsanrechnung bejahen wollte, aus der Verjährung des Steueranspruches ebenso wie der Geschädigte einen unberechtigten Gewinn ziehen. Dann erscheint es aber angemessen, nicht dem Schädiger, sondern dem Geschädigten den Genuß dieses Gewinnes zuzubilligen (so BGH a.a.O., S. 138).

3. Der Schadenersatzanspruch des Klägers ist schließlich nicht um einen Betrag von **15.000,- DM** gem. § 254 BGB deshalb herabzusetzen, weil der Kläger es im Sommer 1982 abgelehnt habe, einen Billigkeitsantrag nach § 227 AO an das Finanzamt zu stellen. Zwar kann der Geschädigte unter bestimmten Umständen gehalten sein, zur Schadenabwendung oder -minderung Rechtsbehelfe zu ergreifen (vgl. BGH VersR 1990 S. 988 mit umfangreichen Nachweisen aus Rechtsprechung und Literatur). **Da § 254 BGB eine Ausprägung des Grundsatzes von Treu und Glauben darstellt, kommt es dabei aber auf eine umfassende Würdigung der Situation des Geschädigten an, insbesondere auch darauf, ob er erwarten konnte, daß der Rechtsbehelf Aussicht auf Erfolg haben würde** (vgl. BGH VersR 66, 340, 341; 70, 183 f.). Diese ergibt, daß dem Kläger in seiner Situation nach der Zustellung der Entscheidung des Bundesfinanzhofs am 23. 8. 1982 nicht mehr zugemutet werden konnte, weitere Rechtsbehelfe zu ergreifen. Hierfür wird auf die zutreffenden Erwägungen in dem angefochtenen Urteil Bezug genommen.

Das Vorbringen des Beklagten in der Berufungsinstanz rechtfertigt keine andere Beurteilung. Sein Vorbringen, daß er dem Kläger zur Stellung eines Antrages nach § 227 AO geraten und dieser den Ratschlag abgelehnt habe, hat das Landgericht bereits berücksichtigt, nämlich bei seiner Entscheidung unterstellt, daß der Vortrag des Beklagten zutrifft. Auch in der Berufungsinstanz braucht über diesen zwischen den Parteien streitigen Sachverhalt Beweis nicht erhoben zu werden. Denn der Kläger, der bisher den Ratschlägen des Beklagten gefolgt war und insbesondere das finanzgerichtliche Verfahren durchgeführt hatte, **brauchte nach dessen negativem Ausgang nach Treu und Glauben weiteren Ratschlägen des Beklagten nicht mehr zu vertrauen.**

Er durfte auch, ohne daß ihm ein Verschuldensvorwurf hieraus zu machen wäre, **die Aussichten eines Billigkeitsantrages als negativ einschätzen**, weil er – worauf das Landgericht ebenfalls zutreffend hingewiesen hat – außer dem Beschreiten des Rechtsweges zahlreiche weitere Initiativen ergriffen hatte, die ebenfalls auf Erlaß seiner Steuerschulden aus Billigkeitsgründen gerichtet und die ohne Erfolg geblieben waren. Es kann deshalb auch letztlich unentschieden bleiben, ob dem Antrag bei objektiver Beurteilung entsprochen worden wäre, worüber die Parteien streiten.

Honoraranspruch des Steuerberaters

- Rechtsprechungsänderung des OLG Düsseldorf
 - Rechnung gem. § 9 Abs. 2 StBGebV
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 20. 2. 1992 – 13 U 137/91)

Leitsatz:

Erläutert der Steuerberater in seiner Rechnung die erledigte Angelegenheit klar und bestimmt, sind die geltend gemachten Gebühren auch dann einforderbar und klagbar, wenn neben der Gebührenvorschrift, die mehrere Gebührentatbestände enthält, nicht auch der maßgebliche Absatz genannt ist (anders OLG Düsseldorf v. 15. 3. 1990 – 18 U 207/89 Gl 91, 18).

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist nicht begründet.

Der Klägerin stehen Schadenersatzansprüche gegen die Beklagten wegen positiver Verletzung des Anwaltsvertrages vom 25. 8. / 1. 9. 1988 nicht zu.

Die Beklagten hatten es als Rechtsanwälte übernommen, die in erster Instanz unterlegene Klägerin bei der Abwehr von Honoraransprüchen einer Steuerberatungsgesellschaft rechtlich zu beraten und im Berufungszug zu vertreten. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (NJW 1988, 486, 487; NJW-RR 1986, 1281) ist ein Rechtsanwalt kraft des Anwaltsvertrages verpflichtet, die Interessen seines Auftraggebers nach jeder Richtung und umfassend wahrzunehmen. Übernimmt er die Beratung einer Partei im Zivilprozeß, ist er zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er durch sein Verschulden bewirkt, daß die Partei einen Prozeß verliert, den sie bei sachgemäßer Vertretung gewonnen hätte. Der Rechtsanwalt muß sein Verhalten mithin so einrichten, daß er Schädigungen seines Auftraggebers, mag deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen vorausgesehen werden können, vermeidet. Er ist verpflichtet, den „sichersten“ Weg zu gehen, um das von seinem Mandanten erstrebte Ziel zu erreichen. Ihm obliegt es auch, Fehlern des Gerichts entgegenzuwirken und sie zu verhindern. Keine der genannten Pflichten haben die Beklagten verletzt.

Für die hypothetische Betrachtung, ob eine Prozeßpartei einen Rechtsstreit bei sachgemäßer anwaltlicher Vertretung gewonnen hätte, ist maßgebend, wie der Vorprozeß nach Auffassung des Gerichts, das mit dem

gegen den Rechtsanwalt gerichteten Schadenersatzanspruch befaßt ist, richtig hätte entschieden werden müssen (BGH NJW 1988, 3013, 3015). Der erkennende Senat ist der Überzeugung, daß die Klägerin im Vorprozeß zu Recht verurteilt worden ist.

Allerdings hat der **18. Zivilsenat** des Oberlandesgerichts der bis zum 31. 12. 1990 für Streitigkeiten aus Verträgen über die Hilfeleistung in Steuer-sachen zuständig war, in seinem Urt. v. 15. 3. 1990 (GI 1991, 18 = StB 1990, 205) entschieden, daß die Rechnung eines Steuerberaters dann nicht den Anforderungen des § 9 Abs. 2 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) entspreche, wenn sie nur § 33 StBGebV erwähne, nicht aber den in Betracht kommenden Absatz dieses Paragraphen, der insgesamt acht Absätze habe. Dieser Auffassung tritt der Senat nur für den Fall bei, daß die Rechnung des Steuerberaters keine weiteren eindeutigen Erläuterungen der erledigten Angelegenheit enthält.

Nach § 9 Abs. 2 StBGebV sind in der Berechnung des Steuerberaters die Beträge der einzelnen Gebühren und Auslagen, die Vorschüsse sowie die angewandten Gebührevorschriften und bei Wertgebühren auch der Gegenstandswert anzugeben. Damit scheinen formale Anforderungen an die Rechnungserteilung gestellt zu werden, denen ein Rechtsanwalt gemäß § 18 Abs. 2 BRAGO oder auch ein Notar zu genügen hat, der gemäß § 154 Abs. 2 KostO verpflichtet ist, in seiner Berechnung den Geschäftswert, die Gebührevorschriften, die Beträge der angesetzten Gebühren und Auslagen sowie etwa verauslagte Gerichtskosten und empfangene Vorschüsse anzugeben. Der heute herrschenden Auffassung entspricht es, daß die Kostenrechnung des Notars die angewandten Kostenvorschriften genau bezeichnen muß, der in Betracht kommende Paragraph also mit Absätzen und Ziffern anzugeben ist (OLG Köln, JurBüro 1990, 745, 746; OLG Düsseldorf – 10. Zivilsenat – JurBüro 1983, 1244). Diese strengen Anforderungen werden aber nicht nur deshalb gestellt, um dem Kostenschuldner die Möglichkeit zu geben, die Kostenrechnung in ihren tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen zu verstehen und nach Grund und Höhe auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Der Notar kann seine Kostenrechnung gemäß § 155 KostO mit der Vollstreckungsklausel versehen, so daß sie einer vorläufig vollstreckbaren Entscheidung gleichsteht. Daraus folgt, daß sie dem Begründungszwang unterliegt, der auch sonst für Entscheidungen gilt (OLG Köln a.a.O.). **Der Steuerberater muß diesen sehr strengen formalen Anforderungen nicht genügen, um eine Vergütung einfordern zu können.** Nach der amtlichen Begründung zu § 9 StBGebV (abgedruckt in: Eckert/Böttcher, StBGebV, 2. Aufl., § 9 vor Anm. 1). sind in einer Rechnung die Gebühren, Auslagen, Vorschüsse, Gebührevorschriften und der Gegenstandswert einzeln anzugeben,

um die Aufgliederung der Vergütung für den Auftraggeber erkennbar zu machen. Die Norm will mithin die Verständlichkeit und Nachprüfbarkeit der Rechnung bezwecken, eine isolierte formale Bedeutung ist ihr dagegen nicht beizumessen. Der Steuerberater, der etwa die Monatsgebühr für die Buchführung einschließlich des Kontierens der Belege berechnet, genügt den Anforderungen des § 9 Abs. 2 StBGebV, wenn er als Gebührenvorschrift § 33 Abs. 1 StBGebV angibt. Es ist normalerweise nicht erforderlich, die bearbeitete Angelegenheit näher zu umschreiben (Bonner Handbuch, § 9 STEUGO, Rdn. 9.250). **Erläutert der Steuerberater in seiner Rechnung aber die erledigte Angelegenheit klar und bestimmt, ist es unschädlich, wenn er neben der Gebührenvorschrift, die mehrere Gebührentatbestände enthält, nicht auch den maßgeblichen Absatz erwähnt.** Denn bei einer Überprüfung der Rechnung wird der in der Regel nicht sachkundige Mandant ohnehin den Text der StBGebV zu Hilfe nehmen müssen. Die präzise angegebene Angelegenheit ermöglicht ihm die Nachprüfung der Rechnung auch dann ohne weiteres, wenn die Gebührenvorschrift aus mehreren Absätzen besteht. Das zeigt gerade der vorliegende Fall. Die Steuerberatungsgesellschaft hatte in ihrer Rechnung vom 13. 7. 1987 hinsichtlich der hier streitigen Position folgendes ausgeführt:

„Gebühr für: Anfertigung der Buchführung Jan.– Nov. 1986
einschl. Kontieren, Abstimmen, Datenerfassen,
Auswerten, mtl. Umsatzsteuererklärungen § 33
StBGebV; Wert: 2,650 Mio. Tab. C-6/10
11 x 1.029,00 = 11.319,00 DM.“

Die Angabe der Gebührenvorschrift und die ausführliche Beschreibung der erledigten Angelegenheit ermöglichen auch dem in Fragen des Gebührenrechts unkundigen Schuldner die Feststellung, ob das verlangte Honorar nach Grund und Höhe gerechtfertigt ist. Damit ist den Formanfordernissen des § 9 Abs. 2 StBGebV Genüge getan. Die mit der Rechnung vom 13. 7. 1987 geltend gemachten Gebühren waren einforderbar und klagbar.

Soweit die Klägerin in der Berufungsbegründung die Auffassung vertritt, den Beklagten sei im Vorprozeß auch insoweit ein Fehler unterlaufen, als die Behauptung nicht unter Beweis gestellt worden sei, sie, die Klägerin, hätte unter gewissen Voraussetzungen die Buchführung auch durch eigene Angestellte ausführen lassen können, fehlt es bereits an einem schlüssigen Sachvortrag. Die Klägerin legt schon nicht dar, welche Zeugen ihr zur Verfügung gestanden hätten.

Mitwirkung bei der Erstellung der Bilanzen

- Unterschlagungen des Geschäftsführers
 - Auftrag des Steuerberaters
- (LG Wuppertal, Urt. v. 9. 6. 1992 – 6 O 306/90 – rkr.)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Ein Tätigwerden bei den Abschlußarbeiten umfaßt nicht die Verpflichtung zu Revisionshandlungen oder die Überprüfung der Buchführung im Hinblick auf Veruntreuungen der Geschäftsführung.
2. Die Honorarrechnungen des Steuerberaters können bei der Ermittlung seines Leistungsumfanges berücksichtigt werden.
3. Ist der Geschäftsführer selbst Betriebswirt, kann der Steuerberater davon ausgehen, daß das System und die Durchführung der Buchführung den handelsrechtlichen Bestimmungen entspricht.
4. Rechtfertigt der Abschlußvermerk unter der Bilanz die Annahme einer Stichprobenprüfung, müssen dabei Unterschlagungen und Verschleierungen nicht ohne weiteres dem Steuerberater auffallen, wenn die Buchführung formell in Ordnung ist.

Aus den Gründen:

Den Klägern steht ein Schadenersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung des Steuerberatervertrags mit dem Beklagten nicht zu, da nicht festgestellt werden kann, daß der Beklagte die Pflichten aus den Aufträgen zur Bearbeitung der Abschlüsse der Laborgemeinschaft verletzt hat und hierauf die von den Klägern behaupteten Verluste durch Unterschlagungen des M. O. in der Zeit vom 15. 7. 1987 bis 28. 2. 1989 zurückzuführen sind.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme kann nicht festgestellt werden, daß der Beklagte gegen seine Vertragspflichten verstoßen hat.

Der Umfang der Pflichten des Beklagten richtet sich nach dem Auftrag, der ihm jeweils in für die Geschäftsjahre 1983 bis 1986 erteilt worden ist. Unstreitig bestanden die Aufträge lediglich in einem Tätigwerden bei Abschlußarbeiten. Sie umfaßten keinesfalls Revisionshandlungen oder die Überprüfung der Buchführung im Hinblick auf Veruntreuungen der Geschäftsführung.

Maßgebend sind die Aufträge, die die Kläger, vertreten durch M. O. dem Beklagten erteilt haben. Dieser hatte unbeschränkte Vollmacht im Umfange der Vertretungsmacht des ersten Geschäftsführers und konnte danach den Inhalt der geforderten Leistungen des Beklagten wirksam festlegen. Danach bestand die Arbeit des Beklagten nicht in der Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung aus der Buchführung. Er hatte vielmehr entsprechend dem Vortrag des Beklagten die einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung nach § 180 AO zu erstellen. Ferner hatte er bei der Zusammenstellung der Bilanz mitzuwirken. Daß der Auftrag einen größeren Umfang hatte und insbesondere die Erstellung der Gewinn- und Verlustrechnung umfaßte, haben die Kläger nicht unter Beweis gestellt.

Ein größerer Umfang läßt sich auch nicht aus dem Gesellschaftsvertrag oder dem Anstellungsvertrag mit M. O., die der Beklagte eventuell eingesehen hat oder hat einsehen müssen, entnehmen. Daß die Mitwirkung des Beklagten bei den Abschlüssen zugleich eine Kontrollfunktion für die Treue des Geschäftsführers sein sollte, ergibt sich nicht aus § 6 des Gesellschaftsvertrages, denn danach sollte der Geschäftsführer die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung mit Hilfe eines Angehörigen der steuerberatenden Berufe erstellen. Die Formulierung ist neutral gehalten, und weist nicht auf eine Kontrollfunktion des Angehörigen der steuerberatenden Berufe hin. Der Anstellungsvertrag von 1983 besagt lediglich, daß M. O. alle steuerlichen Arbeiten unter seiner Leitung von einem Steuerberater durchführen sollte. Auch insoweit hatte der Beklagte keine Kontrollfunktion auszuführen.

Der Vortrag des Beklagten wird auch durch seine Kostenrechnungen für die Geschäftsjahre 1983 bis 1986 gestützt. Aus ihnen ergibt sich, daß er keine Vorarbeiten für die Aufstellung der Bilanzen wie Kontenabstimmungen usw. berechnet hat. Für das Geschäftsjahr 1983 hat er die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich Erläuterungen mit 10/10 der Gebühren nach Tab. B berechnet. Es handelt sich um die Mindestgebühr des § 35 Abs. 1 Nr. 1. StBGebVO 1985 hat er für die Zusammenstellung der Bilanz und die Betriebskostenaufstellung 6/10 Gebühren und für die Erläuterungen zum Jahresabschluß 2/10 Gebühren berechnet, für das Zusammenstellen der Bilanz zum 31. 12. 1986 und die Betriebskostenaufstellung hat nur eine 5/10 Gebühr für die Erläuterungen eine Zeitgebühr von 260,00 DM gefordert. Alle Gebühren liegen am unteren Ende der Gebührenskala und weisen aus, daß es sich bei der geforderten Tätigkeit des Beklagten nicht um eine Entwicklung der Bilanzen und die Aufstellung einer Gewinn- und Verlustrechnung gehandelt hat. **Diese Rechnungen können bei der Ermittlung des Leistungsumfanges berücksichtigt werden.**

Hiernach war, wie der Sachverständige, Wirtschaftsprüfer Dr. B. in seinem Gutachten überzeugend ausgeführt hat, für die Arbeit des Beklagten bereits eine fertige und abgestimmte Saldenbilanz mit ordnungsgemäßen Inventarunterlagen Voraussetzung. Da M. O. selbst Betriebswirt war und über die nötigen Fachkenntnisse verfügte, konnte der Beklagte bei dem geringen Umfang des Auftrags auch davon ausgehen, daß diese Unterlagen ordnungsgemäß aufgestellt waren. Daß er sie übernommen hat, ist daher kein Vertragsverstoß.

Der Beklagte konnte zudem ohne vorwerfbares Verschulden davon ausgehen, **daß die Buchführung von System und Durchführung den handelsrechtlichen Bestimmungen entsprach, da sie von einem Betriebswirt gefertigt waren.** Unstreitig war die Buchführung vom System und der tatsächlichen Ausführung auch, abgesehen von den Manipulationen des M. O., nicht zu beanstanden.

Aus den **Abschlußvermerken**, mit denen der Beklagte die Bilanzen versehen hat, können die Kläger ebenfalls einen Schadenersatzanspruch wegen der 1987 bis 1989 veruntreuten Gelder nicht herleiten. Die Vermerke sind schon vom Inhalt her keine Testate oder Bestätigungsvermerke, so daß eine Garantie für den Inhalt der Bilanzen nicht übernommen worden ist, wie der Sachverständige ausgeführt hat. Sie geben allerdings den irreführenden Eindruck wieder, daß der Beklagte entgegen dem erteilten Auftrag die Bilanzen aus der Buchführung entwickelt habe, ohne die Buchführung zu prüfen. Es braucht nicht festgestellt zu werden, ob ein solcher Vermerk Dritten gegenüber zur Haftung des Steuerberaters geführt hätte. Vorliegend ist zwischen den Parteien ein Vertrauenstatbestand hierdurch nicht geschaffen worden. Für die Kläger gilt der zwischen den Parteien geschlossene Vertrag, aus dem ersichtlich ist, daß diese Vermerke dem Umfang des Auftrags des Beklagten widersprechen. Sie müssen sich die Kenntnis M. O.'s über den Umfang des Auftrags anrechnen lassen (§ 164 BGB). Darüberhinaus haben die Vermerke auch die Dispositionen der Kläger – das Unterlassen der Kündigung des M. O. – nicht beeinflußt. Die Bilanzen sind entgegen den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterversammlung nie vorgelegt worden. Diese hat sich damit begnügt, sich den Geschäftsstand des Unternehmens von M. O. mündlich vortragen zu lassen. Die Vermerke haben danach keinen Einfluß auf die Entscheidungen der Kläger gehabt.

Im übrigen hat der Sachverständige Dr. B. ausgeführt, daß die Abschlußvermerke lediglich die Annahme rechtfertigen konnten, daß der Beklagte **Stichproben gemacht hatte. Hierbei hätten die Unterschlagungen und Verschleierungen nicht ohne weiteres dem Beklagten auffallen müssen, da die Buchführung formell in Ordnung war.**

Der beantragten Anhörung des Sachverständigen bedurfte es nicht. Seine Ausführungen zum Umfang des Auftrags sind nicht im Einzelnen angegriffen worden. Hieraus ergibt sich, daß den Beklagten eine Prüfungspflicht im Hinblick auf eventuelle Veruntreuungen nicht traf. Deshalb kommt es nicht mehr darauf an, ob aus den Geschäftsunterlagen, die der Staatsanwalt vorliegen, der Nachweis erbracht werden kann, daß O. schon seit 1983 Unterschlagungen oder Veruntreuungen in Höhe von mehreren 100.000,- DM begangen hat.

Versicherungsschutz

- Bindungswirkung des Haftpflichtprozesses
- Versäumnisurteil
- Obliegenheitsverletzung

(LG Münster, Urt. v. 16. 7. 1992 – 15 O 70/92 – n. rkr.)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die rechtskräftige Entscheidung des Haftpflichtprozesses ist für den Deckungsprozeß bindend, unabhängig davon, ob der Versicherer beteiligt war oder mitwirken konnte.
2. Leistungsfreiheit wegen einer Obliegenheitsverletzung tritt nicht ein, wenn diese weder auf die Feststellungen des Versicherungsfalls noch auf den Umfang der Leistungsverpflichtung des Versicherers Einfluß gehabt hat.
3. Verstoß im Sinne § 5 Abs. 1 AVB-WB ist das Kausalereignis, d. h. das haftungsrelevante Verhalten, das den Schaden verursacht hat.

Aus den Gründen:

Der Kläger hat einen Anspruch gegen die Beklagte auf Ersatz der monatlichen Ratenzahlungen in Höhe von insgesamt 30.000,- DM und auf Freistellung von der restlichen Haftpflichtverbindlichkeit gegenüber dem Architekten D. aus dem Versäumnisurteil des Landgerichts Münster vom 12. 6. 1991 (14 O 162/91) gemäß den §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 1 AVB-WB; 1 Abs. 1 Satz 1 VVG i.V.m. dem Versicherungsvertrag vom 17. 3. 1980.

Die Beklagte ist verpflichtet, dem Kläger Versicherungsschutz aus dem zwischen den Parteien vereinbarten Haftpflichtversicherungsvertrag zu gewähren, da der Kläger wegen einer bei der Ausübung seiner beruf-

lichen Tätigkeit von ihm selbst begangenen Verstoßes von einem Dritten, dem Architekten D., aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts für einen Vermögensschaden verantwortlich gemacht wird.

Der Kläger hat am 11. 4. 1985 den Jahresabschluß per 30. 6. 1984 für das Architekturbüro des Herrn D. erstellt und versehentlich nicht berücksichtigt, daß er Umsatzerlöse in Höhe von 163.252,74 DM doppelt erfaßt hat. Auch bei der Erstellung des Jahresabschlusses für 1984 entdeckte der Kläger den zugrundeliegenden Fehler nicht. Durch diese Fehler des Klägers entstand dem Herrn D. ein Schaden von insgesamt 60.905,58 DM. Dieser Sachverhalt steht aufgrund des rechtskräftigen Versäumnisurteils des Landgerichts Münster vom 12. 6. 1991 (14 O 162/91) fest. Die rechtskräftige Entscheidung des damaligen Haftpflichtprozesses ist für den zwischen den Parteien geführten Deckungsprozeß bindend, da auch einem Versäumnisurteil diese Bindungswirkung zukommt (BGH Z 38, S. 71 m.w.N., OLG Hamm VersR 1981, S. 178). **Dabei tritt die Bindungswirkung unabhängig davon ein, ob der Versicherer am Haftpflichtprozeß beteiligt war oder an diesem mitgewirkt hat** (BGH VersR 1963, S. 158). Da in dem Haftpflichtprozeß festgestellt wurde, daß der Kläger einen Schaden in Höhe von 60.905,58 DM bei einer nicht unter den Ausschluß fallenden Tätigkeit verursacht hat, können diese Feststellungen in dem vorliegenden Deckungsprozeß von der Beklagten nicht mehr bestritten werden. Die Beklagte kann dementsprechend nicht einwenden, der Haftpflichtprozeß sei dem Grunde oder der Höhe nach falsch entschieden worden. Denn auch Einzelfeststellungen des Haftpflichturteils sind hinzunehmen, wobei im Falle des durch ein Versäumnisurteil entschiedenen Haftpflichtprozesses diesbezüglich auf die Klageschrift zurückzugreifen ist (BGH VersR 1963, S. 421).

Die Beklagte ist auch nicht gemäß § 6 AVB-WB von der Verpflichtung zur Leistung frei geworden. Zwar kann sich die Beklagte zulässigerweise **auch noch im Deckungsprozeß auf die Leistungsfreiheit wegen Obliegenheitsverletzungen berufen, denn diese versicherungsrechtlichen Einwendungen sind im Deckungsprozeß selbständig zu prüfen. Eine Leistungsfreiheit der Beklagten ist aber nicht gegeben, da die behaupteten Obliegenheitsverletzungen weder auf die Feststellung des Versicherungsfalls noch auf den Umfang der Leistungsverpflichtung der Beklagten Einfluß gehabt haben.**

Der behauptete Verstoß gegen das **Befriedigungsverbot** (§ 5 Abs. 3 Nr. 2 AVB-WB) liegt bereits aus rechtlichen Gründen nicht vor, da der Kläger die monatlichen Raten in Höhe von 5.000,- DM unstreitig zur Abwendung der Zwangsvollstreckung geleistet hat. Darüber hinaus stellt

es keinen Verstoß gegen das Befriedigungsverbot dar, wenn der Kläger den Architekten D. durch monatliche (Teil-)Zahlungen befriedigt, da der Anspruch im Sinne von § 154 Abs. 1 VVG durch das Versäumnisurteil im Haftpflichtprozeß bereits festgestellt worden war.

Die behauptete **Nichtanzeige des Mahnbescheids** und des gerichtlichen Verfahrens (§ 5 Abs. 2 Satz 2 AVB-WB), der behauptete **Verstoß gegen die Aufklärungspflicht** (§ 5 Abs. 3 Satz 1 AVB-WB) sowie der behauptete **Verstoß gegen das Prozeßführungsverbot** (§ 5 Abs. 3 Satz 4 AVB-WB) führen ebenfalls nicht zu einem Rechtsverlust des Klägers nach § 6 AVB-WB. Die Beklagte wäre auch bei gehöriger Erfüllung dieser Obliegenheit seitens des Klägers zur Leistung verpflichtet gewesen, denn unabhängig von der Erfüllung der Obliegenheit ist durch ein Handeln des Klägers während der Versicherungszeit der Versicherungsfall eingetreten, der bei dem Architekten D. einen Schaden in Höhe von 60.905,58 DM verursachte. Gegenüber diesem Anspruch des Architekten D. hätte die Beklagte auch nicht die Einrede der Verjährung nach § 68 Steuerberatungsgesetz erfolgreich erheben können.

Der Versicherungsfall ist am 11. 4. 1985 und damit gemäß § 5 Abs. 1 i.V.m. § 1 AVB-WB während der Versicherungszeit des Klägers bei der Beklagten eingetreten. Zwar legt das Versicherungsvertragsgesetz nicht fest, welcher Vorgang in der Vermögensschadenhaftpflichtversicherung den **Versicherungsfall** darstellt. Gemäß § 5 Abs. 1 AVB-WB ist hierfür auf denjenigen Verstoß abzustellen, der Haftpflichtansprüche gegen den Versicherungsnehmer zur Folge haben könnte. Nach allgemeiner Meinung ist als solcher Verstoß das Kausalereignis anzusehen, d. h. das haftungsrelevante Verhalten des Versicherungsnehmers, das den Schaden verursacht hat. Unmittelbar schadenverursachend war danach das versehentliche doppelte Erfassen der Umsatzerlöse in Höhe von 163.252,74 DM durch den Kläger. **Maßgebliches Ereignis im Hinblick auf den zeitlichen Geltungsbereich des Versicherungsvertrages ist gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 AVB-WB der von dem Versicherungsnehmer bei der Ausübung der beruflichen Tätigkeit begangene Verstoß, also ebenfalls das Kausalereignis** (OLG Hamm VersR 1985, S. 463), so daß am 11. 4. 1985 der Versicherungsfall eingetreten ist. Zu dieser Zeit bestand aber noch der zwischen den Parteien vereinbarte Haftpflichtversicherungsvertrag.

Die Beklagte hat nicht dargelegt, daß sie die Höhe des im Versäumnisurteil vom 12. 6. 1991 festgestellten Schadens substantiiert hätte bestreiten können, so daß dieses einfache Bestreiten unbeachtlich war. Der Kläger hat zum Nachweis des Einkommensteuerschadens die Einkommensteuerbescheide des Architekten D. für die Jahre 1983 und 1984 vorgelegt und

substantiiert dargelegt, wie sich der Einkommensteuerschaden für die Jahre 1983 bis 1985 errechnet. Angesichts dieser ausführlichen Darlegungen war die Beklagte verpflichtet, ebenfalls substantiiert darzulegen, welche Einwendungen sie zur Höhe des in dem Haftpflichtprozeß geltend gemachten Schaden hätte vorbringen wollen.

Die dem Haftpflichtprozeß zugrundeliegende Forderung des Architekten D. war auch nicht verjährt. Unstreitig ist der Einkommensteuerbescheid für das Jahr 1984 dem Kläger am 3.10.1986 zugegangen. Der frühestmögliche Verjährungsbeginn war somit ebenfalls der 3.10.1986, so daß die Verjährung gemäß § 68 Steuerberatungsgesetz grundsätzlich am 3.10.1989 eingetreten wäre. Der Kläger haftet dem Beklagten aber nicht nur aus dem Fehlverhalten bezüglich der im April 1985 doppelt erfaßten Umsatzerlöse, sondern daneben aus einem Sekundäranspruch des Beklagten wegen eines weiteren Fehlverhaltens des Klägers. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses für 1985 stellte der Kläger zwar einen der doppelten Erfassung in 1984 entsprechenden Fehlbetrag fest. Der Kläger hat dann aber unstreitig schuldhaft die Nachprüfung versäumt, ob insoweit Fehlbuchungen vorlagen, sondern den Fehlbetrag ohne weiteres über das Gesellschafterkonto des Architekten D. ausgebucht. Das Vorliegen eines Fehlbetrages in dieser Höhe hätte – da Hinweise auf entsprechende Privatentnahmen des Architekten D. unstreitig nicht vorlagen – den Kläger zu einer Überprüfung seiner Tätigkeit, insbesondere zur Überprüfung der Richtigkeit der Steuererklärung zum 30.6.1984 veranlassen müssen. Dadurch, daß der Kläger diese gebotene Aufklärung unstreitig nicht vorgenommen hat, ist ihm eine neue schuldhaft Pflichtverletzung gegenüber dem D. vorzuwerfen. Für diesen Sekundäranspruch beträgt die Verjährungsfrist aber ebenfalls drei Jahre, wobei der Lauf der Verjährungsfrist drei Jahre nach der Verjährung des Primäranspruchs beginnt (BGH Z 94, S. 380, BGH in NJW 1988, S. 266). Die Verjährung des Sekundäranspruches konnte demnach frühestens am 3.10.1992 eintreten und wurde durch den dem Kläger am 13.2.1991 zugestellten Mahnbescheid wirksam unterbrochen.

Die Beklagte ist unter dem Gesichtspunkt des Verzuges gemäß den §§ 286 Abs. 1, 284 BGB zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der dem Kläger aus der Nichtgewährung des Versicherungsschutzes bezüglich des dem Rechtsstreit 14 O 162/91 des Landgerichts Münster zugrundeliegenden Haftpflichtfalles zukünftig noch entstehen wird. Da die Leistungsverpflichtung der Beklagten feststeht, war diese auch verpflichtet, dem Kläger den vertraglich vereinbarten Versicherungsschutz zu gewähren. Dem Kläger droht durch die Verweigerung des Versicherungsschutzes der Eintritt eines Schadens insoweit, als er von dem D. im Wege der Zwangsvollstreckung auf Zahlung in Anspruch genommen wird.

Entgeltlichkeit der Steuerberaterleistung

– Rechnung nach mehreren Jahren

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 12. 3. 1992 – 13 U 200/91)

Leitsatz:

Dienstleistungen sind im Zweifelsfall entgeltlich, soweit sie im Rahmen des ausgeübten Hauptberufs (hier: Steuerberater) erbracht werden. Davon abweichend ist bei Dienstleistungen für Freunde und Verwandte als Indiz für Unentgeltlichkeit zu werten, wenn die Vergütung erstmals nach mehreren Jahren und nach einem Zerwürfnis zwischen den Beteiligten verlangt wird.

Aus den Gründen:

I.

Das Landgericht hat die auf Zahlung von 40.320,40 DM nebst Zinsen gerichtete Klage zu Recht abgewiesen. Eine entsprechende gegen den Beklagten gerichtete Honorarforderung steht dem Kläger für seine steuerberatende Tätigkeit in den Jahren 1985 bis 1989 nicht zu. Die Würdigung der gesamten von den Parteien dem Gericht mitgeteilten Umstände läßt den sicheren Schluß zu, daß der Kläger in dem fraglichen Zeitraum unentgeltlich für den Beklagten tätig geworden ist. Jedenfalls ist ein etwaiger Honoraranspruch des Klägers verwirkt. In Höhe eines Teilbetrages von 6.162,34 DM ist die geltend gemachte Forderung überdies verjährt.

II.

1. Ein schriftlicher Beratungsvertrag, der als Grundlage für die vom Kläger geleisteten Dienste und für einen entsprechenden Vergütungsanspruch dienen kann, liegt nicht vor. Insbesondere behauptet der Kläger nicht, mit dem Beklagten eine die Vergütung regelnde Vereinbarung im Sinne von § 611 Abs. 1 BGB getroffen zu haben. Auch gilt im Streitfall eine Vergütung nicht als im Sinne von § 612 Abs. 1 BGB stillschweigend vereinbart, da nach den Umständen die Dienstleistungen des Klägers nicht zwangsläufig gegen eine Vergütung zu erwarten waren. **Dabei ist davon auszugehen, daß im Regelfall die Entgeltlichkeit zu bejahen ist, soweit die Dienstleistungen dem Rahmen des ausgeübten Hauptberufs zuzuordnen sind.** Aus der Dienstleistung allein

folgt jedoch noch kein Vergütungsanspruch (BAG NJW 1974, 380). **Bei Dienstleistungen für Verwandte oder Freunde ist als Indiz für Unentgeltlichkeit zu werten, wenn die Vergütung erst später, insbesondere nach einem Zerwürfnis verlangt wird** (Palandt/Putzo, § 612 BGB Rdnr. 4). Für diese Annahme bietet der Streitfall eine Reihe von Anhaltspunkten, die insgesamt zu dem Schluß führen, daß der Kläger unentgeltlich für den Beklagten tätig geworden ist. Die Parteien waren miteinander befreundet. Der Kläger hat mehrere Jahre dem Beklagten bei der Erledigung steuerlicher Angelegenheiten geholfen, ohne jemals eine Vergütung für seine Leistungen zu verlangen. Der Kläger hat ferner den Eltern des Beklagten gegenüber, die er ebenfalls in steuerlicher Hinsicht beraten hat, im Sommer 1986 ausdrücklich erklärt, für seine Leistungen kein Entgelt fordern zu wollen. Tatsächlich hat der Kläger die für die Eltern des Beklagten erbrachten Leistungen zu keiner Zeit in Rechnung gestellt. Die Ehefrau des Beklagten war als Steuergehilfin im Büro des Klägers angestellt und hat bei der Erledigung der steuerlichen Arbeiten für den Beklagten mitgewirkt. Der Kläger bestreitet auch nicht, vom Beklagten ein zu 6 % zu verzinsendes Darlehen in Höhe von 250.000 DM erhalten zu haben und daß der Beklagte Arbeiten in seinem – des Klägers – Haus gegen ein geringes Entgelt (10 DM je Arbeitsstunde) ausgeführt hat. Schließlich hat der Kläger seine für den Beklagten erbrachten Leistungen erst zu einem Zeitpunkt in Rechnung gestellt, nachdem die Ehefrau des Beklagten sich von diesem getrennt und dem Kläger als neuem Lebenspartner zugewandt hatte. Eine derartige Verflechtung der Parteien rechtfertigt in Verbindung mit der Tatsache, daß der Kläger seine Dienste dem Beklagten während der Dauer der Freundschaft nicht berechnet hat, den Schluß, daß der Kläger für den Beklagten unentgeltlich tätig geworden ist. Demnach ist es für die Entscheidung des Rechtsstreits ohne Bedeutung, ob Gegenstand des im Sommer 1986 geführten Gesprächs, worüber das Landgericht Beweis erhoben hat, auch ein etwaiger Vergütungsanspruch des Klägers gegen den Beklagten gewesen ist.

2. Überdies ist ein etwaiger Vergütungsanspruch des Klägers verwirkt.

Die langjährige Freundschaft der Parteien und die wechselseitigen Hilfeleistungen waren geeignet, bei dem Beklagten die Erwartung zu stärken, daß der Kläger seine steuerliche Hilfeleistung nicht in Rechnung stellen werde. Dies gilt um so mehr, als die Ehefrau des Beklagten als Steuergehilfin im Büro des Klägers tätig war und in dieser Eigenschaft die den Beklagten betreffenden steuerlichen Angelegenheit bearbeitet oder vorbereitet hat. Den hierauf gegründeten Vertrauenstatbestand hat der Kläger über Jahre hinweg aufrecht-

erhalten, so daß der Beklagte billigerweise darauf vertrauen konnte, dem Kläger für dessen Mithilfe bei der Erledigung steuerlicher Angelegenheiten kein Entgelt zu schulden.

3. Dagegen ist die vom Beklagten hilfsweise erhobene Einrede der **Verjährung** nur gegenüber einem Teil der Klageforderung erheblich. Der Antrag auf Erlaß eines Mahnbescheids wurde am 23.12.1989 gestellt. Angesichts der zweijährigen Verjährungsfrist für Honorarforderungen des Steuerberaters waren nur solche Forderungen verjährt, die der Kläger vor dem 1.1.1987 hätte geltend machen können. Die Verjährung ist damit lediglich für den Vergütungsanspruch eingetreten, die den Veranlagungszeitraum betrifft.

GI Hinweise

Eine Neuerscheinung, die auch für Nichtjuristen von Interesse ist, legt der Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, vor: Graf von Westphalen, Handbuch des Kaufvertragsrechts in den EG-Staaten einschl. Österreich, Schweiz und UN-Kaufrecht, (1077 Seiten, 290,- DM, ISBN 3-504-70501-9).

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes steht vor der Tür. Die Rechtsvereinheitlichung muß aber noch Fortschritte machen. Ein Beispiel ist das UN-Übereinkommen über Verträge bei internationalen Warenkäufen. In der Praxis bleiben die nationalen Bestimmungen aber bestehen und sind nicht verdrängt worden. Die Neuerscheinung gibt eine Übersicht über die Kaufvertragsregeln in den verschiedenen Ländern und die Verwendung von AGB-Klauseln. Der Rechtsanwalt, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer erhält einen in verständlicher Sprache gefaßten Bericht und Überblick. Zu jedem Kapitel werden Klauselvorschläge und Vertragsformulierungen in Deutsch und der gängigen Verhandlungssprache vorgelegt. Rechtsprobleme werden nicht vertieft erörtert. Hier finden sich weiterführende Literaturhinweise.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1 – 12, 1992)

Abtretung			
– Abtretungsverbot, Zweckbindung, § 399 BGB	92, 58		
– d. Steuererstattungsanspruchs = Belehrungspflicht d. Stb	92, 77		
Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Haftungsbegrenzung, grobe Fahrlässigkeit	92, 2, 114, 311		
– Rechtswahlklausel	92, 25		
Amtspflichtverletzung d. FA			
– Abweichen v. Steuerrichtlinien	92, 54		
– Prüfung d. eingereichten Belege	92, 54		
– Vollstreckungsverfahren, Versteigerungstermin	92, 324		
Anerkenntnis			
– Verjährungsunterbrechung, § 208 BGB = Verjährungseingeständnis	92, 277		
Anwaltsnotar			
– Sozietät = Unparteilichkeit	92, 121		
Arglistseinwand			
– gegenüber Verjährungseinrede	92, 46		
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß = Bilanz, Status	92, 8		
Bankhaftung			
– Aufklärungspflicht, Kapitalanlage	92, 310		
– Haftungsbeschränkung, grobes Verschulden	92, 310		
– Prüfungspflicht, WP-Testat	92, 114		
Bauherrenmodell			
– Zwischenvermietung, 1981	92, 354		
Belehrungspflicht d. RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit = Kenntnis der Berufsordnung	92, 115		
– gesetzliches Verbot	92, 115		
– beschränkte Erbenhaftung	92, 58		
Belehrungspflicht d. Sib/Wp			
– Abtretung Steuererstattungsanspruch	92, 77		
Befreiungstatbestand			
– vor 15 Jahren	92, 22		
– anschaffungsnaher Erhaltungsaufwand	92, 284		
– Stiftungsgründung, Durchlaufspende	92, 175		
– rechtswidrig, begünstigender Verwaltungsakt	92, 209		
– Vorsteuer, Unternehmer-Ehemann	92, 345		
Berufsverbot			
– Berufshaftpflichtversicherung	92, 135		
– Schuldnerverzeichnis	92, 130,		
– d StB	131, 132		
Berufungsschrift			
– für wen und gegen wen	92, 269		
Betrug			
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105		
Beweislast			
– unterlassene Aufklärung/Belehrung	92, 58		
– Beweisvermutung	92, 2		
– f. Mandatsumfang			
Bilanzerstellung			
– Aussagekraft d. Bilanz	92, 10		
– Dritthaftung	92, 8		
– Testat	92, 8		
– Unterschlagungsprüfung	92, 363		
Buchführungsauftrag			
– Belehrungspflichten = Geschäftsführer, Betriebswirt	92, 363		
– verspätete Erstellung	92, 95		
Bundesverfassungsgericht			
– Anwaltspflichten	92, 24		
Darlegungslast f. Regreßanspruch s. auch Beweislast			
– anschaffungsnaher Erhaltungsaufwand	92, 284		
– Prüfungsumfang d. Gerichts	92, 345		
DBA			
– Italien (a. V.)	92, 332		
Dienstvertrag			
– Steuerberatungsvertrag	92, 63		
Dokumentationspflicht			
– über Posteingang	92, 249		
Dritthaftung			
– Verschulden b. Vertragsverhandlungen	92, 18		
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter = obj. Interessenlage	92, 8		
– Testat	92, 8		
– vertragsähn. Vertrauenshaftung	92, 17		
Ehescheidung			
– Parteiverrat d. RA	92, 127		
– Unparteilichkeit d. Notars	92, 121		
Eigenschaft, zugesicherte –			
– Steuervorteil	92, 181		
Erbenhaftung, beschränkte			
– Belehrungspflicht d. RA	92, 58, 344		
Feststellungsklage			
– negative –	92, 28		
– nichtiger Gesellschafterbeschuß	92, 88		
Freistellungsanspruch			
– Einwendungen i. Zahlungsprozeß	92, 85		
– Verjährung	92, 85		
Fristenkontrolle			
– ohne Aktenvorlage	92, 269		
– Briefumschlag, Zustellungsdatum = Zugang d. St-Bescheides	92, 249		
– Eingangsdatum	92, 238		
– Fristenkontrollbuch	92, 238		
– Telefax	92, 238		
– doppelte –	92, 238		
– Fristüberwachung durch RA = bei Aktenvorlage	92, 238		
– Fristversäumnis, unverschuldete – = Beförderung der Post durch Mitarbeiter	92, 238, 276		
– zuverlässiger Mitarbeiter	92, 269		
– Post in falschem Briefkasten	92, 238		
– d. rechtskundigen Mandanten	92, 259		
– Posteingang	92, 249		
– Rechtsmittelauftrag an Kollegen	92, 239		
– Telefax			
– Funktionsfähigkeit	92, 41		
– des Mandanten, dann Telebrief	92, 238		
– Überwachung durch Mandanten	92, 59		
Verdeckte Gewinnausschüttung			
– Wettbewerbsverbot = Übergangsregelung	92, 109		
GmbH			
– eigenkapitalersetzendes Darlehen	92, 144		

- Durchgriffshaftung	92, 145	Maklervvertrag	
- Jahresabschluß, Handelsregister	92, 108	- Beratungsfehler, Finanzierung	92, 208
- Löschung im HR	92, 108	Mitverschulden	
Grundaufzeichnungen		- Fristenkontrolle	92, 259
- Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195	- Fristüberwachung	92, 59
 Grunderwerbsteuer		- Grundaufzeichnungen	92, 195
- Erwerb von Gesellschaftsanteilen	92, 208	- richtige Informationen an StB	92, 22
Grundurteil		= durch Dritte	92, 58
- Schadenentstehung	92, 330	- Mandatsentzug	92, 250
Haftungsbescheid		- Spekulation	92, 310
- Anhörung d. Berufskammer	92, 276	- Steuererklärung	92, 59
Herstellungskosten		- Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195
- Gestaltungsfehler, Darlegungslast	92, 285	Niederlassungsfreiheit	
Honoraranspruch d. Stb		- gegenseitige Anerkennung	92, 114
- Änderung der Rechnung	92, 91	Notar	
- Besprechungsgebühr, § 42 StBGebV	92, 301	- Bauherrenmodell	92, 344
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		- Belehrungspflichten	
= Gebührenvorschriften	92, 95,	= Ausschluß der Gewährleistung	92, 229
	101	- Ehevertrag	
= Gegenstandswert	92, 95,	= Unparteilichkeit	92, 121
	101	- Rechtskenntnis	92, 344
= Hinweis auf Gebührenvorschriften	92, 360	- Scheingeschäft	92, 229
= Klagbarkeit	92, 101	- Unparteilichkeit	
= Zeitgebühr	92, 101	= Sozietät	92, 121
- Fälligkeit, § 7 StBGebV		- Vermögensvormund	
= Betriebsprüfung	92, 44	= Mündelgrundstück	92, 136
- Fehlerprüfung		- Wirtschaftsprüfer-Bestellung	92, 144
= Geschäftsgebühr/Gutachtergebühr?	92, 299	Parteiverrat, § 356 StGB	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		- Scheidungsverfahren	92, 127
= Mittelgebühr	92, 89	Praxisveräußerung	
- Geschäftsgebühr, §§ 40, 41 StBGebV		- Gegenstand d. -	92, 89
= Fehlerprüfung	92, 299	- Haftung f. Altberater	82, 89
- nach Kündigung, § 627 BGB	92, 160	Prospekthaftung	
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	92, 157	- b. Bauherrenmodell	
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	92, 294	= Hamburger Modell	92, 29
- Schriftform	92, 157	- d. Gutachters	92, 3
- Verjährungsbeginn		- Rechtswahlklausel	92, 25
= verzögerte Rechnung	92, 282	- Schaden	
- Zahlung e. Teilbetrages	92, 95	= Befreiung v. Vertrag	92, 29
Honoraranspruch d. WP		- Verjährung	
- StBGebV	92, 89	= § 68 StBerG	92, 29
Honorarrückzahlung		Prozeßbevollmächtigter	
- unerlaubte Rechtsberatung	92, 209	- Zurückweisung d. StB	92, 344
Kapitalanlagebetrug		Prozeßvollmacht	
- Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB	92, 85	- Bewilligung d. Nießbrauchslöschung	92, 242
Kaufvertrag		- Vergleich	92, 242
- Steuervorteil, zugesicherter -	92, 181	Rechtsanwalt	
Kausalität		- Niederlassungsfreiheit	
- Beratungsfehler/fehlende Mandanteninfo	92, 28	- Wahrheitspflicht	
- Steuervorteil, zugesicherter -	92, 181	= d. Strafverteidigers	92, 128
Klageerhebung		- Zulassung	
- Unterschrift	92, 269	= Verbandstätigkeit	92, 88
Konkurs d. StB	92, 276	= AG-Vorstand	
Konkursverwalter Haftung d. -		- Zweitbüro	
- Hilfskräfte gegen Entgelt	92, 25	Rechtsberatung / Rechtsbesorgung	
- Interessenkollision	92, 25	- Abwicklung des nichtigen RberVertrages	92, 209
- Steuerhaftung	92, 25	- Erschließungsbeiträge	92, 28
Lohnbuchhaltung		- Honorarrückzahlung	92, 209
- fehlerhafte Meldung d. Krankenkasse	92, 202	- Steuerberater	
= Erstattungsanspruch d. KK,		= Erschließungsbeiträge	92, 28
§ 50 Abs. 1 SGB X	92, 202	- Umwandlung, Vertragsentwurf	92, 209
Lohnsteuererstattung		- d. Wohnungsverwalters (WEG)	92, 88
- Finanzierung d. Kreditinstitute		- Versicherungsberatung	92, 302
= Mitwirkung d. Lohnsteuerhilfvereins	92, 28	Rechtsmittelauftrag	
Lohnsteuerhilfverein		- ohne Auftragsbestätigung	92, 76
- Mitwirkung b. d. Vorfinanzierung		Rechtswahlklausel	
d. Lohnsteuer	92, 28	- Prospekthaftung	92, 25
Mahnbescheid		Schaden	
- fehlerhafter -	92, 262	- negatives Interesse	92, 208
- Verzögerungen, Rückwirkung, § 693 Abs. 2 ZPO	92, 262	= Zinsverlust	92, 228
		- Kapitalanlage	
		= Rückabwicklung	92, 29

– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	92, 198	Telefax	92, 41
– Steueransprüche, verjährte –	92, 355	– Funktionsfähigkeit b. Justizbehörde	92, 238
Schuldnerverzeichnis		– vom Mandanten, Telebrief, Schriftform	
– d. StB	92, 135	Testat (s. Bestätigungsvermerk)	
Schutzgesetz i. S. § 823 Abs. II BGB		– Beweiskraft	92, 8
– § 5 StBG	92, 292	– Prüfungspflicht d. Bank	92, 114
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		Treuhänder	
– d. Gesellschafter-Geschäftsführers	92, 145	– Abtretung d. Einlageansprüche	92, 58
– Jahresabschluß	92, 19	– Aufklärungspflichten	92, 114
– Vermögenslage	92, 145	– = Erwerb d. Vertriebsmitarbeiter	92, 174
– vorsätzliche sittenwidrige –		– Haftungsbeschränkung	
– = Grundstücksbewertung	92, 191	– = grobe Fahrlässigkeit	92, 2
Sozietät		– Untreue, § 266 StGB	92, 58
– Anwaltsnotar		– Vermögensbetreuungspflicht	92, 58
– = Unparteilichkeit d. Notars	92, 121	– Versicherungsschutz	92, 344
Standesrecht		– Vollmacht, Umfang d. –	92, 114
– Berufshaftpflichtversicherungsschutz	92, 134	Unternehmensberater	
– Berufsverbot	92, 130, 131, 132	– Gutachten, Betriebsaufspaltung	92, 276
Steuerberatungsgesetz		Unterschrift	
– § 4, Zf. 5		– Klageschrift	92, 269
– = Unternehmensberater, Gutachten	92, 276	Untreue, § 266 StGB	
– = unmittelbarer Zusammenhang	92, 28	– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105
– § 5		– Treuhänder	92, 58
– = Schutzgesetz i. S. § 823, II BGB	92, 294	– Vermögensvormund	
– = Steuerberechnung, Wirtschaftsberatungsfirma	92, 28	– = Mündelgrundstück	92, 136
– § 33, Hilfeleistung in Steuersachen		Verhandlungsgehilfe, § 278 BGB	
– = Rechenzentrum	92, 2	– Makler	92, 181
– = unerlaubte –	92, 294	Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO	
– = umfassendes Mandat, ausl. Ges.	92, 276	– Belehrungspflicht ü. Fehler u.	
– § 46 Abs. 2 Nr. 5		– Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch	
– = Konkurs d. StB	92, 276	– = Anlaß zur Prüfung u. Belehrung	92, 209
– § 57		– Prospekthaftung	92, 29
– = Geschäftsführer	92, 310	– Verjährungsbeginn	
– = Werbeverbot, Anwaltssuchservice	92, 25	– = Außenprüfung, d. StB	92, 311
Steuerberatungsvertrag		– = Steuernachveranlagung	92, 278
– Ehegatten		– = Rechtsverfolgungskosten	92, 292
– = Taschengeldparagraph, § 1357 BGB	92, 167	– = Wirtschaftsberatung	92, 311
– Gefälligkeit	92, 370	Verjährung, § 51 BRAO	
– Inhalt des –		– Belehrungspflicht ü. Fehler	
– = Honorarrechnung	92, 363	– u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch	
– Kündigung, § 627 BGB		– = Anlaß zur Belehrung	92, 46
– = lfd. Einspruchsverfahren	92, 155	– = Regreßmandat an Kollegen	92, 71
– = Resthonorar	92, 160	– = Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	92, 71
– Nichtigkeit, § 134 BGB		– Pflicht z. Verjährungsunterbrechung	
– = unerlaubte Steuerberatung	92, 294	– d. Streitverkündung/Stillhalteabkommen	92, 277
– Zustandekommen des –		– Verjährungsbeginn	
– = Indiz: Honorarzählung	92, 370	– = Mandatsende, § 51 2. Alt. BRAO	92, 72
Steuererklärung		– Mandatsende, kein Schaden	
– Informationen d. Mandanten	92, 22	– = künftiger Schaden	92, 320
– = fristgerechte –	92, 59	– Verjährungshemmung	
– Steuerbefreiungstatbestand	92, 22	– = Verhandlung, § 852 BGB, 3 PflVG	92, 46
Steuergestaltungsberatung		Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 5	
– anschaffungsnahe Erhaltungsaufwand	92, 284	– Verjährungsbeginn	
– Unterbrechung d. Verjährung		– = verzögerte Rechnung	92, 282
– Mahnbescheid	92, 278	Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO	
– Mandatsumfang	92, 2	– anderweitige Ersatzmöglichkeit	92, 208
– Vorsteuerabzug, Unternehmer-Ehemann	92, 345	Vermittlerhaftung	92, 174
– Wirtschaftsberatung	92, 2	– Belehrungsinhalt	92, 174
– Zwischenvermietung, 1981	92, 354	Versäumnisurteil	
Steuerhaftung		– Flucht in die Säumnis	92, 262
– d. Konkursverwalters	92, 25	Verschwiegenheit	
Stiftungsgründung		– gegenüber Miterben	92, 2
– Belehrung, Durchlaufspende	92, 175	Versicherungsberatung	
Strafvereitelung, § 258 StGB		– unerlaubte Rechtsberatung	92, 302
– d. Strafverteidigers	92, 128	Versicherungsschutz	
Strafzumessung		– Berufshaftpflicht	
– Berufsverbot	92, 130, 131, 132	– = Prämienzahlung	92, 134
		– Bindungswirkung d. Haftpflichturteils	
		– = Versäumnisurteil	92, 366
		– Obliegenheitsverletzung	
		– = Deckungsversagung	92, 366
		– wissentliche Pflichtverletzung	
		– = Rechtsunkennntnis	92, 349

- Serienschaden = fehlerhafte Prospektprüfung - Treuhandtätigkeit	92, 80 92, 344	BGH v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90 = MDR 1991, 1096 BGH v. 27. 6. 1991 – IX ZR 222/90 BGH v. 1. 7. 1991 – II ZR 180/90 = WM 1991, 1548 = DStR 1991, 1429 = VersR 1991, 1247 = ZIP 1991, 1140	92, 76 92, 246 92, 145
Verspätungseinwand, § 296, 528 ZPO - Fristsetzung d. Vorsitzenden	92, 247		
Vollmacht - d. Treuhänders, Umfang	92, 114		
Vorteilsausgleich - Bilanzierungskosten, ersparte –	92, 355	BGH v. 11. 7. 1991 – IX ZR 180/90 = WM 1991, 1812	92, 58
Wahrheitspflicht - d. Strafverteidigers	92, 128	BGH v. 23. 9. 1991 – II ZR 198/90 = ZIP 1991, 1421	93, 310
Werbeverbot - Anwalts-Suchservice/Infodienst - Beratungsverbund - f. Rechtsanwälte - Strafverteidiger - Werbung	92, 25 92, 174 92, 25 92, 85 92, 123	BGH v. 24. 9. 1991 – VI ZR 293/90 BGH v. 26. 9. 1991 – V II ZR 376/89 = BAUR 1991, 796 BGH v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90 = NJW 1992, 240 = MDR 1991, 1095 = WM 1991, 1993	92, 191 92, 29 92, 28, 58
Wiedereinsetzung - Nachweis d. StB über Posteingang - Rechtsirrtum	92, 249 92, 348	BGH v. 2. 10. 1991 – IV ZR 68/91 = WM 1991, 2080 = ZIP 1991, 1629	92, 41
Wirtschaftsberatung - Mandatsumfang	92, 2	BGH v. 10. 10. 1991 – IX ZR 38/91 = NJW 1992, 436 = WM 1992, 276	92, 28
Wirtschaftsprüfer - Abberufung	92, 310	BGH v. 17. 10. 1991 – IX ZR 255/90 = WM 1992, 62 = NJW 1992, 307 = DStR 1992, 410 = DB 1992, 523	92, 59
Zinsschaden - fehlgeschlagene Kapitalanlage	92, 228	BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 204/90 = ZIP 1991, 1597 = NJW 1992, 241	92, 85
Zwangsversteigerung - Terminnachricht an Mandanten	92, 330	BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 221/90 BGH v. 7. 11. 1991 – III ZR 118/90 = RPK U 1.148/92	92, 88 92, 174
Zwischenvermittlung - Belehrungspflichten - Gestaltungsmissbrauch	92, 163 92, 163	BGH v. 7. 11. 1991 – IX ZR 288/90 = WM 1992, 238 BGH v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91 BGH v. 26. 11. 1991 – XI ZB 10/91 = NJW 1992, 697 = VersR 1992, 983 = MDR 1992, 304 BGH v. 4. 12. 1991 – II ZR 141/90 BGH v. 9. 12. 1991 – NotZ 26/90 BGH v. 9. 12. 1991 – NotSt (B) 1/91 = NJW 1992, 1179 BGH v. 11. 12. 1991 – VIII ZB 38/91 BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 8/91 BGH v. 19. 12. 1991 – VII ZR 155/91 BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91 = NJW 1992, 820 = WM 1992, 739 = VersR 1992, 447 = BB 1992, 392 = DB 1992, 887 BGH v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91 = NJW 1992, 1159 = WM 1992, 742 = WuB IV A § 675 BGB 3.92 Langenfeld BGH v. 13. 2. 1992 – IX ZR 105/91 BGH v. 24. 2. 1992 – II ZR 89/91 = RPK U 1.172/92 BGH v. 17. 3. 1992 – XI ZR 204/91 = WM 1992, 770 BGH v. 20. 3. 1992 – V ZB 7/92 BGH v. 20. 3. 1992 – VI ZR 7/91	92, 88 92, 175 92, 71 92, 239 92, 228 92, 121 92, 144 92, 238 92, 229 92, 238 92, 259 92, 115 92, 249 92, 310 92, 174 92, 144 92, 242
BGH v. 26. 11. 1987 – IX ZR 162/86	92, 208		
BGH v. 1. 12. 1988 – IX ZR 61/88 = BGH Z 106, 134 = NJW 1989, 303 = DB 1989, 525 = WM 1989, 114 = ZIP 1989, 50	92, 25		
BGH v. 4. 10. 1988 – VI ZB 21/88 = VersR 90, 165 = MDR 1989, 55 = NJW-RR 1989, 127	92, 238		
BGH v. 19. 2. 1990 – AnwSt (R) 11/89	92, 123		
BGH v. 12. 6. 1990 – 5 StR 268 – 89	92, 136		
BGH v. 17. 10. 1990 – IV ZR 197/89 = WM 1991, 246 = VersR 1990, 1396 = NJW RR 1991, 627	92, 208		
BGH v. 5. 12. 1990 – 3 StR 214/90	92, 130		
BGH v. 24. 1. 1991 – IX ZR 250/89 = BGH Z 113, 262 = WM 1991, 420 = WuB VI B § 6 KO 1.91 (Sundermann) = NJW 1991, 982	92, 25		
BGH v. 7. 2. 1991 – IX ZR 24/90	92, 229		
BGH v. 13. 2. 1991 – III StR 13/91	92, 127		
BGH v. 25. 3. 1991 – AnwZ (B) 2/91 = BRAK-Mitt. 1991, 226	92, 88		
BGH v. 23. 4. 1991 – I StR 734/90 = RPK U 1.124/91	92, 58		
BGH v. 26. 4. 1991 – V ZR 165/89	92, 181		
BGH v. 27. 5. 1991 – AnwZ (B) 4/91 = BRAK-Mitt. 1991, 224	92, 88		
BGH v. 10. 6. 1991 – II ZR 247/90 = RPK U 1.077/91	92, 58		
BGH v. 19. 6. 1991 – 2 StR 357/90	92, 44, 131		

BGH v. 7. 5. 1992 – IX ZR 151/91 = NJW-RR 1992, 1110	92, 209	OLG Karlsruhe v. 5. 6. 1991 – I U 270/90	92, 3
BGH v. 13. 5. 1992 – VII ZB 3/92	92, 238	OLG Karlsruhe v. 16. 10. 1991 – I U 5/91	92, 47
BGH v. 2. 7. 1992 – IX ZR 268/91	92, 311	OLG Koblenz v. 30. 10. 1990 – 3 U 1293/89	92, 294
BGH v. 2. 7. 1992 – IX ZR 256/91	92, 344	OLG Köln v. 9. 3. 1989 – 5 U 111/88	92, 53
BGH v. 3. 7. 1992 – V ZB 11/92	92, 276	OLG Köln v. 23. 1. 1991 – 2 U 56/90 n. rkr. = RPK U 1.075/91	92, 114
BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 50/91	92, 320	OLG Köln v. 25. 5. 1992 – 12 U 230/91	92, 284
BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 55/91	92, 345	OLG München v. 17. 5. 1991 – 21 U 4529/90	92, 8
BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 208/91	92, 277	OLG Saarbrücken v. 8. 5. 1991 – 5 U 69/90	92, 349
BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 209/91 = WM 1992, 1662	92, 344		
<hr/>		OVG Nordrhein-Westfalen v. 27. 6. 1991 – 3 B 1858/90 rkr. = StB 1991, 402	92, 28
BFH v. 14. 12. 1989 – III R 116/85	92, 348		
BFH v. 23. 1. 1991 – II B 69/89 = RPKU 1.056/91	92, 208	KG Berlin v. 19. 12. 1990 – 24 U 5932/90 = RPK U 1.070/91	92, 88
BFH v. 14. 8. 1991 – I B 240/90 = NJW 1992, 1191	92, 144		
BFH v. 12. 11. 1991 – 7 R 81/90 = Stgb 1992, 153	92, 276	LAG Hamm, v. 16. 6. 1988 – 8 Sa 1695/87 = NJW 1988, 3286	92, 238
<hr/>			
BVerfG v. 8. 7. 1991 – 2 BvR 731/91	92, 25	LG Arnsberg v. 20. 6. 1991 – 9 T 2/91	92, 108
		LG Aschaffenburg v. 8. 7. 1992 – 3 O 773/91	92, 354
		LG Bielefeld v. 12. 2. 1992 – 16 O 271/91 = Stbg 1992, 254	92, 238
OLG Celle v. 7. 11. 1991 – 13 U 79/91 = StB 1992, 174	92, 174	LG Düsseldorf v. 25. 10. 1991 – 20 S 47/91	92, 203
OLG Celle v. 19. 2. 1992 – 3 U 92/91	92, 330	LG Frankfurt v. 3. 2. 1992 – 2/21 O 352/91 = RPK U 1.68/92	92, 310
OLG Düsseldorf v. 10. 8. 1988 – StO 1/88	92, 132	LG Hamburg v. 31. 5. 1991 – 302 O 113/90 = RPK U 1.065/91	92, 25
OLG Düsseldorf v. 11. 10. 1990 – 18 U 62/90 rkr.	92, 101	LG Hannover v. 24. 1. 1991 – 19 O 414/90 = StBK Köln – MBI 1991, 8	92, 55
OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1990 – 18 U 109/90 rkr.	92, 89	LG Karlsruhe v. 7. 3. 1990 – 3 O 339/89	92, 22
OLG Düsseldorf v. 15. 11. 1990 – 18 U 100/90	92, 96	LG Mannheim v. 19. 9. 1991 – 5 O 132/91 = VersR 1992, 1084	92, 344
OLG Düsseldorf v. 6. 12. 1990 – 18 U 126/90 rkr.	92, 91	LG München I v. 23. 4. 1991 – 8 O 20696/90	92, 114
OLG Düsseldorf v. 10. 12. 1990 – I WS 1096/90	92, 128	LG München v. 18. 12. 1991 – 4 O 11 723/91, n. rkr.	92, 85
OLG Düsseldorf v. 14. 3. 1991 – 18 U 253/90	92, 195	LG Münster v. 16. 7. 1992 – 15 O 70/92	92, 366
OLG Düsseldorf v. 28. 3. 1991 – 13 U 2/91	92, 157	LG Nürnberg-Fürth v. 12. 7. 1991 – 4 HK 02898/91 rkr.	92, 302
OLG Düsseldorf v. 11. 4. 1991 – 13 U 10/91	92, 160	LG Stuttgart v. 3. 4. 1991 – 14 Stl. 10/90 = StB 1992, 214	92, 310
OLG Düsseldorf v. 6. 6. 1991 – 13 U 3/91	92, 167	LG Wuppertal v. 9. 6. 1992 – 6 O 306/90 rkr.	92, 363
OLG Düsseldorf v. 27. 6. 1991 – 13 U 16/91	92, 163		
OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 25/92	92, 155		
OLG Düsseldorf v. 25. 7. 1991 – 13 U 30/91	92, 198		
OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1991 – 13 U 100/91	92, 45	GH Hessen v. 28. 2. 1991 – 1 EGH 2/90 = EWiR § 43 BRAO 3/91, 461 Ring	92, 25
OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 137/91	92, 360		
OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 – 13 U 200/91	92, 370	BdF Schreiben v. 4. 2. 1992 – IV B 7 – S 2742 – 6/92	92, 109
OLG Düsseldorf v. 2. 4. 1992 – 13 U 170/91	92, 299		
OLG Düsseldorf v. 2. 4. 1992 – 18 U 54/89 – rkr.	92, 278	AG Hamburg v. 23. 9. 1992 – II ZR 189/90 = ZIP 1991, 1427	92, 310
OLG Düsseldorf v. 21. 5. 1992 – 18 U 248/91	92, 324	AG Hannover v. 27. 8. 1991 – 506 C 4532/91 = RPK U 1.145/92	92, 114
OLG Düsseldorf v. 9. 7. 1992 – 13 U 255/91	92, 282	AG Königswinter v. 4. 3. 1992 – 3 C 390/91	92, 292
OLG Frankfurt v. 23. 5. 1991 – 6 W 41/91 rkr. 276	92, 28, 276		
= BB 1991, 1962			
= DSfR 1991, 1201			
= S + B 1991, 366			
= EWiR § 5 StBerG 1/91, 1125 (Chemnitz)			
OLG Hamburg v. 4. 10. 1990 – 3 U 87/90 = StB 1991, 400	92, 28		
OLG Hamburg v. 12. 4. 1991 – 14 U 126/90	92, 262		
OLG Hamburg v. 10. 12. 1991 – 7 U 19/91	92, 355	Bayr. Verwaltungsgericht München v. 21. 3. 1991 – M 10 S 91.644 – rkr. = StB 1991, 361	92, 276
OLG Hamm v. 7. 6. 1989 – 25 U 168/88	92, 77		
OLG Hamm v. 8. 1. 1992 – 25 U 45/91	92, 333		
OLG Karlsruhe v. 20. 12. 1990 – 2 Ws 265/89	92, 105	Hessisches FG v. 14. 11. 1991 – 2 K 2798/91 = Betriebs-Berater 1992, 126	92, 344

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.